

Antifaschistischer Aufbruch und Neubeginn in Gera 1945/1946

Karl-Heinz Petzke

Dieses Material wurde im Auftrag und unter aktiver Mitwirkung der Arbeitsgemeinschaft "Geschichte" beim Kreisvorstand der PDS erarbeitet.

Es beruht auf Quellenstudium in den Archiven:

- * Thüringisches Hauptstaatsarchiv in Weimar
- * Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt
- * Stadtarchiv Gera und der
- * Stadt- und Regionalbibliothek Gera

Wertvolle Hinweise gaben Zeitzeugen aus der Geraer Arbeiterbewegung oder wurden aus dem Nachlass bzw. aus Erinnerungen von Antifaschisten jener Jahre gewonnen.

Allen, die an der Gestaltung dieses Materials mitwirkten, ein herzliches Dankeschön.

Gera 1996

Durchgesehen und neu formatiert
Hartmut Dressel - 2014

Vorbemerkung

Am 8. Mai 1945 ging die Ära des Hitlerfaschismus zu Ende. Truppen der Antihitlerkoalition besetzten Deutschland. Wie unterschiedlich dieser Tag von Historikern und Politikern aller Couleur gewertet wird - als Niederlage oder Befreiung, Schmach oder Sieg - er war Beginn eines neuen Kapitels deutscher Geschichte, eingebettet in die internationalen Konflikte der Nachkriegsentwicklung und entscheidend mitgeprägt durch die jeweiligen Besatzungsmächte.

Für die Antifaschisten - ob aus der Arbeiterbewegung oder dem Bürgertum, ob aus christlichen Kreisen oder der Wehrmacht - war dieses Ereignis mit großen Hoffnungen verbunden, auf den Trümmern des 2. Weltkrieges ein neues, friedliches, demokratisches Vaterland aufzubauen und Deutschland in die Völkerfamilie zurückzuführen. Sie alle strebten nach einer historischen Alternative zum untergegangenen militaristisch-imperialistischen, faschistischen Deutschen Reich. Das spiegelt sich in allen programmatischen Dokumenten der demokratischen Parteien und Kräfte jener Zeit wider. In allen Aufrufen der neugegründeten antifaschistisch-demokratischen Parteien der Sowjetischen Besatzungszone war das erklärte Ziel, einen neuen demokratischen Staat mit weitgehenden demokratischen und Menschenrechten zu schaffen, verbunden mit Forderungen nach Bestrafung und Enteignung der Naziaktivisten und Kriegsverbrechern bzw. der Beschlagnahme ihres Vermögens. ^[1]

Orientierungen ähnlichen Inhalts finden sich bereits in programmatischen Dokumenten politischer Kräfte des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald vom April 1945, wie die Entschließung der Delegiertenkonferenz des Parteiaktivs der KPD Buchenwald und das Manifest der demokratischen Sozialisten. ^[2]

Die Absichtserklärung der neugegründeten Parteien bzw. jener politischen Kräfte, aus denen sie hervorgingen, stimmten inhaltlich mit den erklärten Grundsätzen und Zielen der Potsdamer Konferenz der

drei, später vier Großmächte (17. Juli bis 2. August 1945) überein. Darin wurde Deutschland zur Wiedergutmachung, zur Beseitigung der Folgen nationalsozialistischer Herrschaft in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie zu einer demokratischen Entwicklung verpflichtet. Die Existenz Deutschlands als einheitlicher Staat wurde zugesichert. ^[3]

Waren damit alle Parteien an bestimmte Vorgaben gebunden und in ihrem Handeln "abhängig vom Kommando der Besatzungsmacht und dem Alliierten Kontrollrat" (AKR), ^[4] wie der Landesdirektor Thüringens Curt Böhme 1946 erklärte, so gab es jedoch dazu unterschiedliche Ausdeutungsmöglichkeiten, eigene parteipolitische Grundsätze und Ziele, die in mitunter äußerst scharfen Auseinandersetzungen ausgetragen wurden. Sie waren immer auch ein Element der Blockpolitik der antifaschistischen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

In diesem Sinn äußerte sich auch der Geraer Bürgermeister Fritz Gießner und der Oberbürgermeister Dr. Bloch, der die widersprüchliche Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht auf einer Stadtverordnetenversammlung hervorhob, einerseits ständige Eingriffe, andererseits wirksame Hilfe in der wirtschaftlichen Entwicklung feststellte.

Mit diesem Material soll aus örtlicher Sicht des damaligen Kreises Gera, vor allem der Stadt, ein Beitrag zur weiteren Aufhellung des widersprüchlich-geschichtlichen Prozesses jener Zeit geleistet werden. Erklärte Absicht ist zugleich, aus diesem Blickwinkel einseitige Darstellungen in der DDR- bzw. SED-Geschichtsschreibungen, wie sie in Dokumenten der Enquetekommission des Bundestages deutlich werden, erkennen zu helfen. Das Material erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit und endgültige Wahrheit. Für weitere Hinweise ist die Arbeitsgruppe Geschichte beim Stadtvorstand der PDS dankbar.

1. Geraer Antifa-Komitee - Versuch, eine Einheitsfront von unten zu schaffen oder Keimzelle der Blockpolitik?

Aus dem unerschrockenen Widerstand Geraer Antifaschisten, vor allem der Arbeiterbewegung, ging zwischen Herbst 1944 und April 1945 das Geraer Antifa-Komitee hervor. Damals trafen sich acht ehemalige Funktionäre der KPD, SPD und der KPO, um zu beraten, wie die Geraer Bevölkerung auf das bevorstehende Kriegsende vorbereitet werden konnte und wie der Aufbau einer demokratischen Verwaltung anzupacken war. Unter ihnen auch Fritz Gießner, der am 17. November 1944 aus dem Konzentrationslager Buchenwald entlassen worden war und jetzt Verbindung zu ehemaligen Mitgliedern der Arbeiterparteien aufnahm. Dazu nutzte er gemeinsam mit seiner Tochter Ruth Geburtstage und andere Familienfeierlichkeiten. Zu diesem Personenkreis gehörten aus Gera Fritz Roth, Erich Rudolph, Willi Schneider, Walther Böhme und die Familie Budnik. Die Zusammenkünfte fanden in Bieblach, in der Wohnung von Fritz Roth, bei Feindalarm auf freiem Feld statt, wobei der Zugang über das Grundstück von Willi Schneider stattfand (heute Rosa-Luxemburg - Käthe-Kollwitz-Straße). [5] So auch, als die amerikanischen Truppen sich der Stadt näherten. Ein aus "Kreisen der Geraer Arbeiterschaft gebildetes provisorisches Komitee", wie es im ersten antifaschistischen Informationsblatt hieß, fertigte mit Hilfe einer aus der Illegalität geretteten Schreibmaschine und eines Vervielfältigungsapparates ein Flugblatt an, in dem zur kampfflosen Übergabe der Stadt aufgerufen wurde, und verbreiteten es.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner am 14. April 1945 kam es zu einem halblegalen Treff in "Helms Lokal" (Kornmarkt - Ecke Häselburg) mit einem amerikanischen Vertreter des CIC, um über die Entfernung der aktiven Nazis aus der Stadtverwaltung zu beraten. Nach Fritz Roth ging diese Gruppe daran, ein antifaschistisches Komitee zu bilden, während Fritz Gießner sie als Grundlage eines solchen Komitees bezeichnete. [6]

Dem weiteren Aufbau der Antifa-Komitees diente eine Zusammenkunft von circa 20 KPD- und SPD-Mitgliedern am 18. April 1945 im "Vereinshof" Greizer Straße, auf der erste Vorstellungen zur Sammlung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und dringende Aufgaben der nächsten Zeit beraten wurden. Als solche wurden vor allem genannt: die Beseitigung der Trümmer, die Wiederaufnahme der Produktion und die Säuberung der Verwaltung von aktiven Nazis. [7] Es galt mit der "schaffenden Bevölkerung demokratische Organe von unten zu entwickeln" [8], wie Fritz Gießner, der Vorsitzende des Komitees erklärte. An seiner Seite arbeiteten Hans Goldammer, Rudi Scheffel, (alle KPD), Fritz Roth (bis 1945 SPD, nach Kriegsende KPD), Willi Schneider (SPD), Erich Rudolph (KPD), Walther Schack (SPD) und Fritz Schulze (KPD). Max Weise arbeitete im Auftrag des Komitees als Dolmetscher bei der Militärbehörde. Nach ihrer Entlassung aus dem KZ Buchenwald kamen Hermann Drechsler (ehemals SPD und im April 1945 noch in Buchenwald in die KPD aufgenommen) und Max Keppel (KPD) sowie nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft Arthur Schöneburg (SPD) hinzu.

Herausbildung und Entwicklung des Geraer Antifa-Komitees begann also von unten und noch vor einer Orientierung der Bezirksleitung der KPD Thüringens, die in der bereits erwähnten Delegiertenkonferenz am 22. April 1945 die Bildung antifaschistischer Volksausschüsse beschlossen hatte. [9] Jedoch hatte die Volksfrontpolitik der KPD und deren Stellung zum Nationalkomitee Freies Deutschland bedeutenden Einfluss auf die Antifaschisten, ein solches Gremium in Gera zu schaffen.

Das Geraer Komitee gab am 24. April 1945 ein "Antifaschistisches Informationsblatt" heraus, in dem es unter anderem hieß: "Die nächste Aufgabe ist, gemeinsam mit der Militärregierung die Nazis aus allen Stellen, in denen sie noch heute sitzen, zu vertreiben. Die gesamte Stadtverwaltung, die Polizei, die Schulen, kurz, alle öffentlichen Einrichtungen, müssen gesäubert und von uns besetzt werden". [10] Das betraf zirka 500 Stellen im Verwaltungsapparat der Stadt und

des Landratsamtes. ^[11]

Bereits in den ersten Tagen nach der Befreiung gingen Mitglieder des Antifa-Komitees in die Betriebe, setzten dort die sogenannten "Vertrauensleute" der Deutschen Arbeiterfront (DAF) ab und bildeten Betriebsvertrauensmännerkörper, aus denen dann ein Betriebsrätesystem entwickelt wurde. Ein Kulturausschuss und ein Ärzteausschuss wurden gebildet. Das Antifa-Komitee ging daran, in den Stadtbezirken Jugendgruppen zu organisieren. Bereits am 11. Mai 1945 entstand eine solche in Zwötzen unter Leitung von Hans Koch. ^[12] Erste Maßnahmen wurden eingeleitet, um den Sport umzugestalten, ein Sportamt wurde gebildet und die Arbeitersportplätze und Sportheime, die von den Nazis enteignet wurden, dem antifaschistischen Sport übergeben. Das Antifa-Komitee befasste sich auch mit der Kleingarten- und Kleintierzüchterbewegung, säuberte die Organisation von aktiven Nationalsozialisten und schuf Grundlagen für einen gemeinsamen Schrebergartenverein. Später nahmen ein Jugend- und ein Frauenausschuss entsprechend der Befehle der sowjetischen Militärbehörde ihre Arbeit auf, wofür Mitglieder des Antifa-Komitees Voraussetzungen geschaffen hatten. ^[13]

Im Mai 1945 stießen weitere Antifaschisten aus den Reihen der Intelligenz und des Bürgertums, so der Kaufmann Ernst Bieder (genannt Gummi-Bieder, da er ein entsprechendes Geschäft führte), der Arzt Dr. Ernst Schäfer, Gustav Schaaf und Clemens Toepel (alle Demokratische Partei, später LDP) zum Antifa-Komitee. Sie hatten sich bereits als Gegner der Nazidiktatur bewährt. Das Komitee setzte in den Stadtbezirken Vertrauensmänner ein, deren Aufgabe darin bestand, wie es im Informationsblatt hieß, "alle Nazis zu registrieren" und "alle verfügbaren antifaschistischen Kräfte zu organisieren". Zu ihrer Unterstützung war ein weiteres Informationsblatt heraus gegeben worden.

Wenn auch die Arbeit von Parteien und anderen Organisationen, so auch des Antifa-Komitees, noch nicht legalisiert worden war und von den amerikanischen Besatzungsorganen stark behindert wurde, ge-

lang es dennoch einen Stadtrat aus demokratisch und antifaschistisch gesinnten Bürgern in Zusammenarbeit mit den amerikanischen Behörden zu bilden. Ihm gehörten 29 Personen verschiedener Schichten und Parteien an, je acht aus KPD und SPD sowie fünf aus der demokratischen Partei. Von sieben ist die Parteizugehörigkeit nicht bekannt.

1. Schack, Walter	Abteilungsleiter	SPD
2. Groß, Arno	Angestellter	SPD
3. Gießner, Fritz	Dreher	KPD
4. Keppel, Max	Weber	KPD
5. Schulze, Fritz	Dreher	KPD
6. Goldammer, Hans	Bautechniker	KPD
7. Heyer, Ernst	Kleinhändler	SPD
8. Roth, Fritz	Former	KPD
9. Mechel, Willy	Angestellter	SPD
10. Schaub, Walter	Schlosser	SPD
11. Dietzsch, Erich	Angestellter	SPD
12. Trögel, Marie	Hausfrau	SPD
13. Matthei, Paul	Tischler	KPD
14. Schneider, Willi	Bautechniker	SPD
15. Schäfer, Dr. Ernst	Privatklinik	DP (LDP)
16. Wohlmüt, Dr.	Kaufmann	
17. Gröbe, Dr. Kurt	Arzt	SPD
18. Schaaf, Gustav	Kaufmann	
19. Oehmichen, Paul	Kaufmann	
20. Bieder, Ernst	Kaufmann	
21. Neukranz, Ernst	Abteilungsleiter	
22. Weber, Alfred	Fabrikant	
23. Hubricht, Max	Stadtarchitekt	DP (LDP)
24. Möring, Gustav	Ingenieur	
25. Krautwurst, Paul	Kaufmann	DP (LDP)
26. Quack, Dr. Marie	Studienrätin	DP (LDP)
27. Bergner, Edwin	Schlosser	
28. Trummer, Alfons	Gärtner	KPD
29. Matthes, Paul	Weber	KPD ^[14]

Nach dem Protokoll der Bezirksleitung Thüringen der KPD wurde Heyer, Ernst noch in Buchenwald am 19. April 1945 wie auch Hermann Drechsler in die KPD aufgenommen. ^[15] Marie Trögel gehörte nach Meinung einiger ehemaliger KPD-Mitglieder der KPD an.

In den 200 dörflichen Gemeinden des damaligen Kreises Gera wurden zwischen dem 13. und 18. Mai 1945 antifaschistische Bürgermeister durch das Geraer Antifa-Komitee eingesetzt. Einer von ihnen war Alfred Reiffardt, der noch in den 60er Jahren als gewählter Bürgermeister im Amt war. In Liebschwitz wurde der aus dem Zuchthaus befreite Antifaschist Otto Harnisch, in Niebra der politisch unbelastete Tischler Paul Freitag und in Taubenpreskeln Walter Schmidt (SPD) als Bürgermeister eingesetzt. ^[16]

Der von den amerikanischen Besatzungsbehörden im Mai 1945 auf Vorschlag des Antifa-Komitees eingesetzte Oberbürgermeister Dr. Paul wandte sich in einer Rede vor Vertretern der Geraer Wirtschaft am 12. Juni 1945 mit einem Appell an diese zur Mitarbeit im Antifa-Komitee. ^[17] Er kam aus dem Bürgertum und hatte, nach eigenen Aussagen in einer Rede an die Geraer Arbeiterschaft Anfang Juli 1945, als Rechtsanwalt in der Weimarer Republik Arbeiter in Prozessen vertreten. Paul spielte bei der Formierung antifaschistisch-demokratischer Kräfte in Gera eine aktive Rolle.

Vom Einfluss des Antifa-Komitees und seiner mobilisierenden Kraft zeugte die gemeinsam mit Dr. Paul "organisierte Massenbewegung und Kundgebung auf dem Geraer Marktplatz zur Begrüßung der Roten Armee. ^[18]

Zehntausende Geraer Einwohner nahmen an der Massenkundgebung am 28. Juli 1945 teil, zu der die Demokratische Partei (späte LDP), die SPD und die KPD aufgerufen hatten. Die Vertreter dieser Parteien, Dr. Martin Mulert, Max Fuchs und Max Keppel sowie Paul Richter (Freie Gewerkschaften) und Fritz Gießner (Bürgermeister) sprachen zu den Kundgebungsteilnehmern und bekannten sich zur antifaschistischen Einheit und zum Aufbau eines antifaschistischen,

demokratischen Staates. Gäste waren auch Vertreter der sowjetischen Militärverwaltung. [19]

Mit dem Übergang zur antifaschistisch-demokratischen Blockpolitik wurde wie überall in der Sowjetischen Besatzungszone das Geraer Antifa-Komitee aufgelöst bzw. löste sich selbst auf. Aus den bisher erforschten Quellen ist nicht nachzuvollziehen, wie sich dieser Prozess in Gera vollzog. Nach Wolfgang Leonhard, Mitglied der Gruppe Ulbricht, erfolgte die Auflösung der Antifa-Komitees und Antifa-Ausschüsse auf Initiative Walter Ulbrichts. [20] Auch Wilhelm Pieck hielt die Bildung antifaschistischer Komitees nicht für zweckmäßig. [21] Für die Auflösung der Antifa-Komitees und -Ausschüsse sprach sich auch Dr. Hermann Brill, Vorsitzender des Bundes demokratischer Sozialisten (Sozialdemokratie Thüringens bis zum faktischen Verbot durch die SMAD, diesen Namen zu führen) aus. Auf der 1. Landeskonferenz des Bundes demokratischer Sozialisten am 8. Juli 1945 forderte er, dass "die wilden Antinazikomitees ... verschwinden und die legalisierten Parteien die Verantwortung übernehmen müssen". [22]

In der Geschichtsschreibung der DDR bzw. der SED wurde die Auflösung der Antifa- bzw. der Antinazikomitees oder -Ausschüsse damit begründet, dass sie nicht mehr zeitgemäß waren, sich in den von der Sowjetarmee besetzten Gebieten bald als Hindernisse erwiesen hatten und ähnlich. (zum Beispiel bei Benser und Wörfel) [23] Solche und ähnliche Wertungen lassen sich aus Sicht der Geraer Erfahrungen nicht bestätigen. Auch Auffassungen in der Thüringer Bezirksleitung, die Komitees seien Keimzellen der Diktatur des Proletariats, [24] kamen in Gera nicht zum Tragen.

Das Geraer Antifa-Komitee hatte sich als ein Organ des antifaschistischen Neubeginns bewährt. Es hatte begonnen, den alten faschistischen Verwaltungsapparat zu zerschlagen und eine neue demokratische Selbstverwaltung aufzubauen. Es war ihm gelungen, bedeutende Kräfte für einen demokratischen Neuaufbau freizusetzen. Dieser Prozess, der ähnlich auch bei Benser und Wörfel so eingeschätzt

wird, [25] ist mit der Auflösung des Antifa-Komitees durch Weisung zentraler Organe in Gera abgebrochen worden. Der nahtlose Übergang vom Antifa-Komitee zum Antifa-Block in Gera sowie Bedenken von Dr. Schäfer, Demokratische Partei, bei der Blockbildung, sprechen für diese These. [26]

Als Gründe für die Auflösung sind vor allem zu sehen:

- Sie passten den etablierten Arbeiterparteien (richtiger deren Führung) und den sowjetischen Organen nicht in das Konzept einer zentralistischen Führung der Nachkriegsprozesse.
- Für sie waren die Komitees ein nicht so lenkbares Element, vor allem auch hinsichtlich der Einflussnahme auf die bürgerlichen Parteien.

Franz Dahlem umschrieb das indirekt damit, dass die Antifa-Ausschüsse nur bis zur Bildung der Parteien ihre Berechtigung gehabt hätten, danach diese durch gemeinsame Beschlüsse die Bewegung führen müssten. [27] In Dokumenten der KPD Thüringens aus den Herbstmonaten 1945 wurde unverbrämt zum Ausdruck gebracht, dass es ihr um die Führung des politischen Lebens und die Durchsetzung ihrer Ziele mittels der Blockpolitik ging. [28]

2. Die Konstituierung des Antifaschistisch-Demokratischen Blocks in Gera. Erste gemeinsame Aktionen 1945 / 46

Das ZK der KPD hat in seinen Aufruf vom 11. Juni 1945 die Auffassung dargelegt, "dass das vorstehende Aktionsprogramm als Grundlage zur Schaffung eines Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien ... dienen kann". Es betrachtete einen solchen Block als "feste Grundlage im Kampf für die völlige Liquidierung der Überreste des Hitlerregimes und für die Aufrichtung eines demokratischen Regimes ...". [29]

Am 14. Juli 1945 bildeten KPD, SPD, DPD (später LDPD) und CDU die "Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien", ab

1949 offiziell "Demokratischer Block" genannt. [30] Nach dem Modus für die Zusammenarbeit in der am 27. Juli 1945 verabschiedeten "Geschäftsordnung des gemeinsamen Ausschusses der Einheitsfront ..." sollte die Beschlussfassung auf dem Weg der Vereinbarung, nicht aber durch Abstimmung erfolgen. Getroffene Vereinbarungen sollten bindend für alle Parteien des Blocks sein. [31]

Vertreter der Geraer KPD und SPD hatten bereits am 20. Juli 1945 vereinbart, gemeinsam für die "Bildung eines festen Blocks, mit den in Gera sich eventuell noch bildenden antifaschistischen, demokratischen Parteien zu wirken". [32] Dieser Block konstituierte sich (wie auch der Thüringer Landesblock) am 17. August 1945. Dazu hatten die vier Parteien der Stadt je drei Vertreter entsandt, die vor allem aus den bisherigen Antifa-Komitees kamen.

In einem Protokoll heißt es zur Bildung des Blocks:

"Vorsitzender Roth eröffnete die Sitzung mit dem Hinweis, dass er jetzt vor Vertretern der vier Parteien spreche und dass in diesem Kreis eine gemeinsame Lösung aller Fragen und eine Übereinstimmung auf allen Gebieten erzielt werden müsse. An erster Stelle jedoch stehe der Kampf gegen den Nazismus. Er stellte im Verlauf seiner Darlegungen die kommunale Verwaltung an die Spitze, weiter eine Kontrolle des gesamten politischen Lebens der Stadt, dann enge Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung. Am Ende der Ausführungen gibt er den Anwesenden den Rat, das Sekretariat beizubehalten. Dr. Mulert ergreift das Wort ... und stellt klar heraus, dass das Sekretariat sowohl wie der Sekretär im Amte bleiben solle ... , Kollege Rave hält in seiner Stellungnahme Kollegen Roth für den einzig richtigen Sekretär ... Im weiteren Verlauf gibt Vorsitzender Roth bekannt, dass der Stadtrat Gera in Form von Ausschüssen bestehen soll. Der Bürgermeister Fritz Gießner wird beauftragt, die Grundlagen des antifaschistischen Blocks zu formulieren und nach diesen je eine Vertreter der vier Parteien zur Beschlussfassung heranzuziehen. Diese Vorschläge wurden von allen Vertretern einstimmig akzeptiert. Kollege Rave stellt die Forderung, den Stadtrat auch paritätisch zu-

sammenzusetzen. Ebenso stellte Dr. Mulert die Forderung auf, bei der Zusammensetzung drei Männer und eine Frau zu bestimmen, ebenso einen Stellvertreter. Diese Forderung wird einstimmig angenommen". Wie aus dem Protokoll ersichtlich wurde ebenfalls einstimmig beschlossen:

- "1. Weiterführung des Sekretariat durch Kollegen Roth ...
2. Vierwöchentlicher Wechsel des Vorsitzenden des Antifa-Blocks unter den vier Parteien
3. Umformung des Stadtrats nach paritätischen Grundsätzen
4. Annahme des Plans über das Arbeiten der Ausschüsse
5. Zusammensetzung des Blocks mit drei Männern und einer Frau je Partei
6. Vorbereitung jeder Partei durch Stellvertreterbestimmung
7. Bildung eines Jugend- und Sportausschusses und dessen Vorbereitung
8. Annahme und Festlegung der gemeinsamen Kundgebung auf Freitag, den 24. August ... " [33]

Der Antifaschistische Block setzte sich wie folgt zusammen: [34]

KPD

Fritz Gießner
Max Keppel
Fritz Roth
Martha Birnstock
Jugendausschuss: Fritz Roth später Erich Rudolph

SPD

Albert Meyer
Max Fuchs
Otto Jenssen
Elsa Frey
Jugendausschuss: Otto Jenssen

DP (später LDPD)

Dr. Ernst Schäfer
Gustav Schaaf
Paul Krautwurst
Frau Dr. Mulert
Jugendausschuss: Herbert Frank,
Frl. Dr. Rabow (bei Dr. Schäfer)

CDU

Julius Rave
Hans Lehnert
Werner Metz
Elsa Schmitz-Valkenberg
Jugendausschuss: Herbert Franck

Noch im gleichen Monat wurden vierzehn antifaschistische Stadtbezirksausschüsse gebildet und Geschäftsführer eingesetzt:

Gera-Ost	Karl-Liebknecht-Str. 12	Mechel, Willi
Gera-Mitte	Stadtgraben 16	Kiß, Fritz
Gera-Untermhaus	Friedrich-Naumann-Platz 7	Schulze, Hermann
Gera-Nord	Straßburger Weg 9	Richter, Hans
Gera-West	Debschwitzer Str. 2	Kästner, Paul
Gera-Leumnitz	Ronneburger Str. 1	Prager, Heinrich
Gera-Süd	Adlerstraße 1 "Adlerburg"	Najork, Louis
Gera-Tinz	Tinzer Schule	Blumentritt, Fritz
Gera-Lusan	Lusaner Schule	Birstock, Karl
Gera-Rubitz, Thieschitz, Milbitz	Thieschitzer Str. 12	Ziehler, Walter
Gera-Zwötzen	Alte Zwötznener Schule	Jacob, Kurt
Gera-Windischenbernsdorf	Stadtrodaer Str. 94	Poser, Hugo
Gera-Scheubengrobsdorf	Scheubengrobsdorfer Str. 18	Voigt, Ernst
Gera-Frankenthal	Frankenthaler Str. 16	Meckel, Paul

[35]

Eine Aufgabe des Ausschusses bestand darin, die Bevölkerung mit Rat und Hilfe zu unterstützen. Die Sprechstunden wurden in der Presse bekanntgegeben.

Am 24. August 1945 fand die erste vom Antifa-Block Gera organisierte große Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Der ehemalige Oberleutnant der Luftwaffe, Eberhard Carisus, Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland berichtete über seine Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion und die Aufgaben des Nationalkomitees Freies Deutschland. ^[36] Der Block wandte sich, wie zuvor das Antifa-Komitee zunächst vor allem unmittelbar lebensnotwendigen Aufgaben zu, wie

- Sicherung der Ernährung und der medizinischen Versorgung der Bevölkerung,
- Schaffung von Wohnraum, vor allem für den anwachsenden Flüchtlingsstrom, desgleichen von Bekleidung, Heizmaterial und anderen lebenswichtigen Dingen,
- Kampf gegen den Schwarzmarkt, gegen Schieberei und Spekulation.

Die bereits durch das Antifa-Komitee begonnene Säuberung der Verwaltungsorgane wurde weitergeführt und Maßnahmen zum Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane unterstützt. Dabei gab es Kompetenzschwierigkeiten, wie aus einem Rundschreiben des Regierungsinspektors des Landesamtes des Inneren, Curt Böhme (SPD) an die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte ersichtlich ist. Darin heißt es, dass von "örtlich gebildeten Blocks der Versuch unternommen wurden ist, Verwaltungsorganen bestimmte Weisungen zu erteilen". In diesem Rundschreiben wurde nochmals auf Vereinbarungen des Blocks verwiesen, in welchen Fragen zusammengearbeitet werden sollte:

Entnazifizierung, Ingangsetzung der Wirtschaft, Sicherung der Ernährung, Aufbau der Verwaltungsorgane, Herstellung voller Rechtssicherheit, Wiedergutmachung und andere.

Abschließend hieß es darin: "Daraus folgt, dass der Block der antifaschistischen Parteien

1. das Volk über die Notwendigkeit der Überwindung des Nationalsozialismus und der von diesem heraufbeschworenen Katastrophe aufklären und überzeugen,

2. den Verwaltungsorganen in der Durchführung ihrer daraus gestellten Aufgaben anregend und fördern zur Seite stehen will.

Damit ist das Wesen des Blocks der antifaschistischen Parteien klar gestellt. Er will und soll den Behörden anregend und fördernd zur Seite stehen ... Ein Weisungsrecht gegenüber den Verwaltungsorganen besitzt der Block jedoch nicht". [37] Der damalige Bürgermeister und amtierende Oberbürgermeister, Fritz Gießner, hatte den Vorsitzenden des Geraer Blocks, Fritz Roth, am 18. September 1945 eine Abschrift dieses Briefs zur Kenntnisnahme übermittelt. [38]

Schon bald nach seiner Gründung musste der Antifa-Block seine Fähigkeit über Parteigrenzen hinaus gemeinsam im Interesse der Stadt zu entscheiden, beweisen. Der Oberbürgermeister, Dr. Paul, war als Landespräsident berufen worden und Bürgermeister Fritz Gießner hatte seine Funktion in Übereinstimmung mit dem Block amtierend übernommen. Sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt zu einigen, ging nicht ohne Widersprüche der im Block vereinten Parteien und auch nicht zwischen den Arbeiterparteien ab. So hatte die KPD der SPD vorgeworfen, die politischen Vereinbarungen vom 20. Juli 1945 gebrochen zu haben und mit den bürgerlichen Parteien über einen Kandidaten ohne Kenntnis der KPD verhandelt zu haben. Andererseits warf die SPD der KPD vor, alle kommunalpolitischen Fragen unter Ausschaltung von Vertretern der SPD erledigt zu haben. [39] In der Blocksitzung am 22. August 1945 (in anderen Veröffentlichungen wird der 29. August genannt) einigten sich alle Parteien auf den parteilosen, aus dem Bürgertum stammenden Dr. Bloch, nachdem die KPD auf den jetzt auch von der SPD unterstützten Kandidaten Fritz Gießner verzichtet hatte.

Ohne Wissen der anderen Parteien sollte auf Betreiben der KPD dann Dr. Hübler, der sich ebenso wie Dr. Blank, um dieses Amt beworben hatte als Oberbürgermeister eingesetzt werden. Er war, wie der Vertreter der Kommunistischen Partei auf der Blocksitzung am 13. September 1945 mitteilte bereits vom russischen Kommandanten bestätigt worden. Damit wurde das Vertrauen der bürgerlichen Par-

teien über die Ehrlichkeit der Kommunisten zur Blockpolitik ernsthaft erschüttert. In einem Brief der Demokratischen Partei und der CDU vom 14. September 1945, unterzeichnet von Dr. Mulert und Julius Rave, hieß es unter anderem: "Wir hatten in jener Sitzung vom 22. August das Gefühl gewonnen, dass es mit der paritätischen Besetzung, mit der Gleichberechtigung der Parteien, ernst gemeint sei, dass die Demokratie mehr bedeutet als leere Fassade. Dieses Gefühl ist uns bedauerlicherweise inzwischen verloren gegangen ... Auch in anderen Fragen müssen wir täglich erleben, dass man uns vor vollendete Tatsachen stellt und wir die Beschlüsse nachträglich mit unserem Namen decken sollen, die ohne unser Zutun gefasst worden sind." [40] Im Oktober wurde schließlich Dr. Bloch durch den Landespräsidenten unter Beteiligung von Vertretern der Bevölkerung und der vier Blockparteien in das Amt des Oberbürgermeisters eingeführt. [41]

Gegenseitiges Misstrauen in den Beziehungen zwischen politischen Kräften aus der Arbeiterbewegung und dem Bürgertum kommt auch in einem Briefwechsel zwischen Fritz Roth, Sekretär des Geraer Antifa-Blocks und Dr. Paul, vom August / September 1945 zum Ausdruck. Roth warf der Landesregierung im Zusammenhang mit der Klärung einer Eingabe aus der Firma Siemens & Halske durch einen Herrn Fischer aus Weimar vor, dass diese für die Säuberung der Betriebsleitung von Nazielementen "nicht das volle Verständnis aufbringt" oder nicht die "geeigneten Leute besitzt, die derartige Aufträge ausführen können". Dr. Paul wiederum erklärte in seinem Antwortschreiben, Roth würde mit Unterstellungen und Verdächtigungen argumentieren, um die von ihm "vertretene Sache fördern zu können". [42]

Beruhet einerseits solches Misstrauen auf geschichtlichen Erfahrungen der Kommunisten mit Vertretern der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik, wie auch umgekehrt, so muss andererseits darauf verwiesen werden, dass die KPD bereits in den ersten Monaten

der Befreiung wiederholt erklärte und auch praktiziert hatte, die Tätigkeit der Verwaltungsorgane und des Blocks im Sinne ihrer Ziele zu bestimmen. So wurde auf einer Tagung der KPD-Bezirksleitung verweisend auf ein Referat von Franz Dahlem erklärt, dass die Linie der Partei immer durchgeführt werden müsse, das gelte besonders für die Blocksitzungen. Die Partei führe, die Verwaltung habe durchzuführen. [43]

Für den Geraer Antifa-Block waren dennoch in den Monaten bis zu Beginn der Wahlvorbereitungen 1946 gemeinsame Aktionen bestimmend.

Am 1. November 1945 trat durch Befehl der sowjetischen Militäradministration Deutschlands eine neue Lebensmittelordnung in Kraft. Darin wurden Städte und Gemeinden in zwei Kategorien eingeteilt. Die Zuteilung an Lebensmitteln für die erste Kategorie war wesentlich höher, als die der Kategorie zwei, der Gera zugeteilt worden war. Die Geraer fühlten sich benachteiligt und erhoben Anspruch auf Zuordnung zur Kategorie eins. Der Antifa-Block, dessen Vorsitz im Oktober die SPD führte, ergriff als erste Geraer Körperschaft die Initiative und wandte sich noch vor Inkraftsetzung des Befehls mit einer Eingabe am 24. Oktober an den Landespräsidenten Dr. Paul. Darin wurde die Bitte ausgesprochen, er möge seinen "Einfluss bei der russischen Militäradministration auf Anerkennung dieses Anspruchs geltend machen". [44] Am 31. Oktober befasste sich der Block in einer Vollsitzung erneut mit der Lebensmittelfrage und machte eine weitere Eingabe. Ihr wurde entsprochen und am 29. November bekanntgegeben, dass Gera mit Wirkung vom 1. Dezember 1945 in die Gruppe 1 eingeordnet wird.

Als im November 1945 durch den Thüringer Landespräsidenten, Vertretern der Parteien und der Kirche die "Thüringen Aktion gegen Not" ins Leben gerufen wurde, fand das auch die Unterstützung des Geraer Blocks der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Gemeinsam mit dem Wohlfahrtsamt und der Antifa-Jugend wandte er

sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung, die Großsammlung am 18. November zu unterstützen. Wie die "Tribüne" am 24. November 1945 berichtete, wurden in Gera ein Geldbetrag von 50.000 Mark und zahlreiche Sachspenden aufgebracht.

Gemeinsames Handeln über Parteigrenzen hinaus äußerte sich auch in solchen Aktionen des Antifa-Blocks wie

- Aufrufen zu Kundgebungen und Demonstrationen, zum Beispiel zum 1. Mai (1946 nahmen 30.000 Bürger teil)
- Stellungnahmen zum Nürnberger Prozess gegen die Nazikriegsverbrechen auf den Massenkundgebungen in der Ostvorstädtischen Turnhalle Ende November 1945 (Redner Dr. Barth und Prof. Dr. med. Gröbe / SPD, Kulturbund) und am 4. Oktober 1946 (alle Parteien zur Urteilsverkündung)
- Kundgebungen und andere Veranstaltungen zum gemeinsamen Bekenntnis des Willens den Frieden sichern zu wollen, wie am 28. September 1946 ebenfalls in der Ostvorstädtischen Turnhalle, auf der Dr. Mulert (LDP) zum Thema "Weltfrieden - Traum oder Wirklichkeit" sprach oder am 14. Juni 1946 zur "Feierstunde der Friedensfreunde" im Palastkino Gera. [46]

Auch von den Stadtbezirks- und Ortsausschüssen sowie den Frauen- und Jugendausschüssen gingen viele Initiativen auf Grundlage der Blockvereinbarungen aus. Dazu gehörten die Schaffung von Wärmestuben, Sammlung von Kinderkleidung und die Betreuung von Arbeiterveteranen durch die Geraer Antifaschistischen Frauenausschüsse, Weihnachtsfeiern, so der Antifa-Ortsgruppe Gera-Mitte für die Flüchtlingskinder und Veranstaltungen für die Jugend, wie in Langenberg mit Karl Kneusel (SPD) und Dr. Mulert (LDP). Ein Kalender für Veranstaltungen vom 21. - 25. November 1945 sah 10 Veranstaltungen für einzelne Jugendgruppen in Gera-West, -Ost, -Liebschwitz, -Zwötzen sowie für verschiedene Arbeitsgemeinschaften und eine gemeinsame Wanderung vor. [47]

Wird in manchen Aktionen vor allem seit dem Herbst 1945 Dirigismus von oben sichtbar, so bleibt doch kennzeichnend die Entschlossenheit und Tatkraft der Antifaschisten, gemeinsam das schwere Erbe des Krieges mit der ganzen Bevölkerung zu überwinden. Erinnerungen jener, die damals dabei waren, Gespräche mit ihnen, so sie noch leben, bestätigen das. "Da wurde nicht nach Weltanschauung, Religion oder Parteizugehörigkeit gefragt ... wir engagierten uns, um gemeinsam die Not lindern zu helfen, die vor allem bei den Umsiedlern am größten war.", so Erna Lenzer, eine junge Frau damals, Mutter eines einjährigen Kindes, der Mann im Krieg geblieben und aus diesen Erfahrungen heraus zur Antifaschistin geworden. [48]

Eine erste Bilanz über die Entnazifizierung des Verwaltungsapparates ziehend, erklärte der antifaschistische Block Gera: "In der Stadtverwaltung ist diese Säuberung im wesentlichen damit abgeschlossen, dass alle Beamten und Angestellten, die der NSDAP angehörten, durch Zustellung der Entlassungsurkunde aus dem Dienst ausgeschieden sind und nur noch 63 "kleine" Nazis auf tägliche Kündigung weiterbeschäftigt werden, die von den vier Blockparteien nach genauer Untersuchung als unbedenklich anerkannt wurden. Anders liegt das Verhältnis bei den Reichsbehörden ... Die vier Blockparteien ersuchen deshalb hiermit den Herrn Oberbürgermeister, sofort die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten und erklären sich bereit, dass sie den Oberbürgermeister bei dieser Arbeit größte Unterstützung, besonders bei der Erstellung der erforderlichen Ersatzkräfte aus den Reihen der Antifaschisten, zuteil werden zu lassen ..." [49] Das bezog sich vor allem auf Post- und Reichsbahndienststellen, aber auch Finanz- und Zollamt, wie aus der Erklärung ersichtlich.

Am 16. Oktober 1945 hatte die Landesverwaltung Thüringen eine Anordnung über die Schaffung von kommunalpolitischen Beiräten verabschiedet. Das bedeutete eine Stärkung der Blockpolitik, da sich die Verantwortung der Parteien für die Verwaltungsarbeit erhöhte.

Wie Landesdirektor Curt Böhme erklärte, würden diese Grundsätze bestimmen, dass die Funktion von Vertretungskörperschaften bis zur Wahl von Stadt- und Gemeinderäten nur durch bestellte Beiräte wahrgenommen werden könne. Sie sollten von den Oberbürgermeistern bzw. Bürgermeistern entsprechend der Vorschläge aller vier Blockparteien berufen und sich aus deren Vertretern zusammensetzen, ebenso die zu bildenden Arbeitsausschüsse für die verschiedensten Arbeitsgebiete. Zugleich erhielten damit die sich bereits spontan gebildeten entsprechenden Gremien eine gesetzliche Basis. ^[50]

Die erste Sitzung der kommunalen Beiräte der Stadt Gera fand am 4. Januar 1946 im altherwürdigen Sitzungssaal des Rathauses statt. "Es waren Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten ... die von den antifaschistischen Parteien berufen und ... als kommunale Beiräte verpflichtet wurden". ^[51] Damit durften "die Parteien zum ersten Male nach dreizehn Jahren in Form der kommunalen Beiräte wieder ihre Stimmen auf dem kommunalpolitischen Sektor erheben ...", wie Max Fuchs, Mitglied des Beirates und Vorsitzender des Geraer SPD-Kreisverbandes einschätzte. Zum ersten Vorsitzenden des Beirates wurde Albert Meyer (SPD) gewählt. ^[52]

3. Widersprüchliche Positionen der antifaschistischen Parteien zu Bodenreform und Sequester

Zu heftigen Auseinandersetzungen in der Blockpolitik kam es besonders dann, wenn Eigentumsfragen berührt wurden, wie Bodenreform und Sequester. Alle Parteien des Antifa-Blockes anerkannten zwar entsprechende Befehle der SMAD und SMATH: Die Befehle Nr. 18 vom 29. Juli 1945 zur Liquidierung des Reichsnährstandes; Nr. 110 vom 22. Oktober 1945, der den Landes- und Provinzialverwaltungen das Recht einräumte, dementsprechende Gesetze und Verordnungen zu erlassen sowie Nr. 124 und 126 vom 30./31. Oktober 1945 zur Sequestration (Beschlagnahme und Zwangsverwaltung aller Eigentü-

mer des ehemaligen deutschen Staates, der NSDAP, Kriegsverbrecher und Naziaktivisten bis zur Entscheidung über dessen Enteignung oder Rückgabe).

Ihre programmatischen Grundsätze enthielten auch Enteignungs- und Verstaatlichungsmaßnahmen bzw. Forderungen nach Verwaltung genannten Eigentums und Vermögens durch Staat, Länder oder Kommunen. Es gab jedoch unterschiedliche Auffassungen über Art und Weise sowie Ausmaß entsprechender Maßnahmen.

Nach Auffassung der Kommunisten und Sozialdemokraten wurzelte der Hitlerfaschismus vor allem im Monopolkapital und Junkertum. Ihre Forderungen nach "Enteignung des gesamten Vermögens der Nazibonzen und Kriegsverbrecher ..." und "Liquidierung des Großgrundbesitzes ..." oder "Verstaatlichung der Banken ... Bodenschätze ... Bergwerke ... Erfassung des Großgrundbesitzes ... Beseitigung des arbeitslosen Einkommens aus Grund und Boden ...", ^[53] waren nur logische Schritte zur Überwindung des Faschismus, die auch mit den von ihnen vertretenen marxistischen Grundsätzen übereinstimmten.

Bereits im August 1945 hatte die KPD-Führung mit der Vorbereitung einer Bodenreform begonnen und dazu eine Anweisung an die Bezirks- und Kreisleitungen verabschiedet. ^[54] Nach "starken Druck" auf "die anderen drei Parteien", ^[55] so Wilhelm Pieck auf einer Funktionärskonferenz in Erfurt, hatte der zentrale Ausschuss der Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien am 13. September 1945 seinen Aufruf zur Bodenreform verabschiedet, in dem die Entmachtung der Großgrundbesitzer gefordert wurde. Widerstände gegen eine solche Übereinkunft durch Walter Schreiber (CDU) und Waldemar Koch (LDP) im Sonderausschuss des Blocks waren gescheitert.

In Thüringen und so auch im Kreisgebiet Gera wurde die Bodenre-

form zunächst von oben und unter weitgehenden Ausschluss der bürgerlichen Parteien begonnen und durchgeführt. Eine Landesbauernkonferenz der KPD und SPD Thüringens am 2. September 1945 fand ohne Teilnahme von Vertretern der bürgerlichen Parteien statt. Sie leitete Schritte zur Mobilisierung einer Massenbewegung für eine Bodenreform ein. Die zirka 1000 Teilnehmer, darunter eine Delegation von 60 Bauern und Funktionären aus dem Kreis Gera forderten die Enteignung allen Großgrundbesitzes und aktiver Nazibauern sowie Bildung antinazistischer Bauernkomitees. In dem bereits erwähnten Brief vom 14. September 1945 erklärten die Vorsitzenden der Demokratischen Partei (LDPD) Dr. Mulert und der CDU Julius Rave, dass man ihre Parteien "vor vollendete Tatsachen stellt" und verwiesen "in diesem Zusammenhang auf tiefe Beunruhigung hin, welche die beabsichtigte Agrarreform in weitesten Kreisen der Bevölkerung, nicht nur der Bauern, hervorgerufen hat". [56]

Wenige Tage nach der Bauernkonferenz verabschiedete die Thüringer Landesverwaltung ein Gesetz über die Bodenreform und die dazu notwendigen Ausführungsbestimmungen. [57] Die Bezirksleitung der KPD Thüringen forderte, dieses Gesetz "mit aller Schärfe ..." durchzusetzen und drohte auch mit Verhaftungen. Im Kreis Gera wurden die Gutsbesitzer in Haft genommen. Damit "fielen bei den meisten Bauern und Landarbeitern die Bedenken" gegen die Bodenreform. [58] Für den Stadt- und Landkreis Gera wurde eine Kreiskommission gebildet. Deren Leiter war der Landrat Hermann Drechsler (KPD) und Sekretär Alfred Schumann (SPD). In den Gemeinden des Kreisgebietes Gera wurden Bodenkommissionen gebildet, mit deren Hilfe es gelang, der Bodenreform breiteren demokratischen Charakter zu geben, wenn auch zunächst die Arbeit in manchen Kommissionen vorwiegend von Kommunisten geleistet wurde, wie in Münchenbernsdorf. [59] In einem Bericht an Ernst Busse heißt es zum Verlauf der Bodenreform im Kreis Gera, dass auf den Versammlungen zur Erläuterung des Bodenreformgesetzes alle Referenten Kommunisten waren. Die KPD sei von allen Parteien als einzige ganz aktiv gewesen. [60] Von den 681 Mitgliedern der Bodenreformkommission des

Kreises Gera gehörten 60 den Arbeiterparteien und 2 der LDP an, 619 Mitglieder waren parteilos. ^[61]

Auf der Grundlage des Gesetzes der Thüringer Landesverwaltung vom 10. September 1945 wurden im damaligen Kreis Gera 12.822 ha Boden (zirka 16 % der Gesamtfläche des Kreises) enteignet, darunter 48 Junkerbetriebe über 100 ha, 10 Betriebe aktiver Nazis und 7 staatliche Ländereien sowie 9 Militärobjekte. Aus dem gebildeten Bodenfonds erhielten unter anderen 460 landlose Bauern je 8 ha, 285 landarme Bauern und 226 Umsiedlerbauern je zirka 7 ha Boden.

Gemäß Artikel III / Ziffer 3 des Bodenreformgesetzes, wonach Grundbesitzer, die sich antifaschistisch-demokratisch betätigt hatten, ein Restgut behalten könnten, erhielt der Pächter des Gutes Nauendorf, Vogel-Kresse eine Siedlerstelle, musste sie aber später wieder abgeben, da er ein eigenes Gut bei Zeitz besaß.

Im Stadtgebiet wurden 1694,69 ha aus dem Besitz des Erbprinzen Reuß, Heinrich XLV., enteignet sowie die Besitzer der Rittergüter Tinz, Roschütz, Rubitz, Pforten, Zwötzen, Liebschwitz, Kaimberg, Zeulsdorf und Leumnitz. Diese Landfläche wurde für die Einrichtung von 38 Neubauernhöfen genutzt. 70 landarme Bauern erhielten Boden für die Schaffung einer eigenen Existenz. ^[62] Auf dem der Kommune übereigneten Boden entstanden Gartenanlagen wie in Rubitz und Ernsee.

Mit der Enteignung und Übereignung zeigten sich neuen Probleme und Widerstände, die bis in die Jahre 1946 / 1947 die Blockpolitik belasteten. Bereits bei der Konferenz der Thüringer KPD im Oktober 1945 verwies Wilhelm Pieck darauf, dass jetzt eine wirkliche Verwurzelung dieser Ideen in der Bauernschaft, in der Arbeiterschaft, dem gesamten werktätigen Volkes geschehen müsse, was eigentlich vorher hätte getan werden müssen. ^[63] Gemeinsam mit Sozialdemokraten durchzuführende Bauernversammlungen sollten dazu genutzt werden, ebenso die Entwicklung der Ausschüsse der gegenseitigen Bauernhilfe (der späteren Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe

- VdgB), in denen Kommunisten bedeutenden Einfluss hatten. Von den im November 1945 gewählten 946 Mitgliedern der Bauernhilfe im Kreis gehörten 40 der KPD, 27 der SPD und 8 den anderen zwei Parteien des Blocks an. [64]

Auseinandersetzungen gab es besonders in Kauern und Gessen. Dem Bürgermeister von Gessen, Helzig und dem Vorstandsmitglied der LDP-Ortsgruppe Kauern-Gessen, Ivan Junghanns wurden reaktionäres Verhalten und Gegnerschaft zur Bodenreform vorgeworfen. [65] Als während einer Versammlung der Bauernhilfe Kauern ehemalige SA- und NSDAP-Mitglieder Land aus der Bodenreform forderten und einige Bauern und Neusiedler sich kritisch zur Bodenreform äußerten, wurde der Schmiedemeister R. Müller aus dieser Veranstaltung heraus mit der Begründung verhaftet, er sei der Organisator und wolle einen Umsturz. Der kommunistischen Bürgermeister von Lederhose, im Mai 1945 vom Antifa-Komitee eingesetzt, wurde auf Antrag der KPD-Ortsgruppe abgelöst, weil er "alle Gesetze, wie Bodenreform und Freier Markt" kritisierte.

Am 8. Dezember 1945 fand in Gera der erste freie Markt statt, zu dessen Unterstützung der Antifa-Block zuvor aufgerufen hatte. Die Ergebnisse einschätzend hieß es in einem Flugblatt des Blocks: "Die Gerschen waren froh ..., dass sie wirklich ohne Marken zusätzlich etwas zum Futtern kaufen konnten, die vom Lande ... hatten eine reiche Auswahl unter allerlei nützlichen und teilweise lange entbehrten Geräten." [66] Diesen Erfolg zugrunde legend wandte sich der Antifa-Block Gera an die Bauern, Produkte zum Weihnachtsmarkt am 22. Dezember 1945 zu verkaufen.

Im Dezember 1945 hatten sich die Auseinandersetzungen um die Bodenreform in der CDU-Führung zugespitzt. Auf Antrag von Vertretern des Thüringer CDU-Landesverbandes wurden Dr. Hermes und Dr. Schreiber zum Rücktritt gezwungen. Dieser offiziellen Version in der zeitgenössischen Presse steht die Auffassung von Christian von Dittfurth entgegen, die Ablösung sei auf Befehl von Oberst Tulpanow erfolgt. [67] Es ist anzumerken, dass kaderpolitische Entschei-

dungen in Führungspositionen stets mit den Besatzungsorganen abgestimmt wurden. Das zeigt auch der Fall Dr. Kolter in Thüringen, der auf Befehl Nr. 79 vom Chef der SMATh seiner Ämter enthoben wurde. [68] Ihm wurde unter anderem Sabotage der Bodenreform vorgeworfen. In einer Entschließung begrüßte der CDU-Kreisverband Gera am 7. Januar 1946 die Ablösung von Dr. Schreiber und Dr. Hermes. Er verwahrte sich gegen die Vorwürfe, die CDU sei ein Sammelbecken der Reaktion, betonte deren antifaschistischen Charakter und erklärte seine Entschlossenheit zur weiteren Zusammenarbeit mit den anderen Blockparteien. [69] Zur Darstellung dieser Auseinandersetzungen in der DDR-Geschichtsschreibung bemerkte Wolfgang Leonhardt, damals im Auftrag der KPD an der Bildung des Antifa-Blocks und der Durchführung der Bodenreform beteiligt, Hermes sei nicht gegen die Bodenreform gewesen, sondern hätte Bedenken gegen die Modalitäten und Durchführungsbestimmungen gehabt. [70]

Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Partnern des Blocks kam es mit einsetzenden Maßnahmen zur Klärung von Eigentumsfragen in Industrie und Gewerbe. In Gera hatten Arbeiter, Ingenieure und Angestellte mit der Produktion oder mit Aufräumungsarbeiten zur Wiederinstandsetzung der zum Teil stark zerstörten Betriebe begonnen. Einige Unternehmen und zum Teil auch leitendes Personal hatten mit Einmarsch der Roten Armee ihre Fabriken einfach im Stich gelassen, so zum Beispiel der Besitzer der Firma Schulenburg & Bessler Gera (später GEWOSEI). Andere, wie Karl und Willy Knocke, Inhaber der Firma Geb. Knocke, Kolbenfabrik "Komet" Gera, beide aktive Nazis, waren verhaftet worden. Auf ihre Initiative war der Kommunist und Antifaschist Paul Fuchs und mehrere sowjetische Zwangsarbeiter verhaftet worden. [71] In solchen Betrieben hatten verantwortliche leitende Angestellte gemeinsam mit den ersten spontan von SPD- und KPD-Mitgliedern gebildeten Betriebsräten oder provisorisch eingesetzten Treuhändern faktisch die Verfügungsgewalt.

Erste rechtliche Schritte zur Klärung von Eigentumsfragen in Thüringen nach dem Kriegsende und der Niederlage des deutschen Faschismus hatte der von den amerikanischen Militärbehörden eingesetzte Regierungspräsident Hermann Brill, Sozialdemokrat und bis zu seiner Befreiung Häftling im KZ Buchenwald, mit einer von ihm erarbeiteten "Polizeiverordnung über die Beschlagnahme der Vermögen ehemaliger Mitglieder der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei" am 6. Juli 1945 eingeleitet. ^[72] Geraer Unternehmen bzw. Vermögen waren davon nicht betroffen.

Mit Befehl Nr. 9 der SMAD vom 21. Juli 1945 waren Maßnahmen zur beschleunigten Wiederaufnahme der Industrieproduktion in der SBZ beschlossen worden. Eigentumsfragen blieben aber offen. Auch der Alliierte Kontrollrat traf zunächst keine Festlegungen dazu, verfügte aber am 20. September 1945 die Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft durch die Besatzungsorgane und die Blockierung der Verfügung über das Eigentum des deutschen Staates, von den noch festzulegenden Monopolen (dazu gehörte als erstes Unternehmen die IG Farben) und andere Kategorien. ^[73]

Im September 1945 wurde in Gera mit dem "Gesetz über die Reinigung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe" der Thüringer Landesverwaltung, verstärkt aber nach der Verabschiedung einer "Verordnung über die Sicherstellung und Enteignung von Nazivermögen" am 9. Oktober 1945 durch den Landespräsidenten Dr. Paul sowie der Befehle der SMAD Nr. 124 und 126 vom 30. und 31. Oktober 1945 über die Beschlagnahme und provisorische Übernahme einiger Eigentumskategorien Deutschlands und zur Konfiszierung des Vermögens der NSDAP, mit der Sequestration begonnen. Die Zusammenarbeit in den dazu gebildeten Kommissionen lässt darauf schließen, dass es im Geraer Antifa-Block zu einem einheitlichen Standpunkt gekommen war. Ihnen gehörten Vertreter aller Parteien an.

Der Stadtkommission unter Vorsitz von Karl Körner (KPD) gehörten an: Alfred Vogt (KPD), Luise Neupert (SPD), Paul Hilpert (LDPD),

Werner Metz (CDU), Paul Richter (Gewerkschaften / KPD) sowie Fritz O. Zipfel als Vertreter der Industrie und Direktor der Firma Hirsch, Erich Rudolph (Jugendausschuss), Margarete Dicke (Frauenausschuss) und Dankmar Dicke (OdF). Zur Kommission des Landkreises unter Leitung von Richard Seidel gehörten: Kurt Bärwolf (...), Erich Dietsch (...), Karl Kneusel (SPD) und Max Weise (KPD). Die Zusammensetzung dieser Kommissionen veränderte sich im Verlauf der Sequestration und nachfolgender Entscheidungen über die Verfügungsgewalt des beschlagnahmten Eigentums.

Die Entscheidungsfindung in den Kommissionen wurde von den Betriebsräten und anderen Angehörigen der Betriebe unterstützt. Bereits im September 1945 wurden der Landessequesterkommission 87 Betriebe für die Enteignung vorgeschlagen. ^[74] Dabei kam es nach Erlass der Befehle der SMAD Nr. 124 und 126 zwischen der Landesverwaltung und der Sowjetischen Militäradministration Thüringens zu gegensätzlichen Positionen. Auf Anweisung des Chefs der Zivilverwaltung der SMATh, Generalmajor Kolesnitschenko, musste das Thüringer Gesetz aufgehoben und die auf seiner Grundlage arbeitende Verwaltungs- und Staatsgesellschaft aufgelöst werden. Die Kommissionen hatten sich jetzt vor allem auf mittlere und kleine Unternehmen zu beschränken. Die größten Industrieunternehmen Thüringens fielen ohne deutsche Mitwirkung unter sowjetische Verwaltung. ^[75]

Durch viele gemeinsame Aktionen waren sich KPD und SPD in Gera näher gekommen, gemeinsam im Block aufgetreten und hatten in einem widersprüchlichen Prozess die Vereinigung ihrer Parteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vollzogen. Das stärkte ihre Positionen im Block und blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Sequestration. Der Kreis zu sequestrierender Betriebe wurde in der Folgezeit ständig erweitert und auf die Klärung der Besitzverhältnisse durch Enteignung gedrängt. Eine Aufstellung aus dieser Zeit weist 160 Betriebe der Stadt aus, die unter Sequester bleiben sollten. Neben einigen größeren, wie die Maschinenfabrik Karl

Wetzel, Roto Record, Gebr. Reinhold und Gebr. Harnisch KG, die Metallwarenfabrik Heinrich Leo, die Kolbenfabrik Komet Gebr. Knocke und andere, handelte es sich in der Mehrzahl um Handwerksbetriebe, Geschäfte und andere kleinere Gewerbeunternehmen. [76]

Im April und Mai 1946 wurden Widerstände dagegen vor allem von LDPD-Mitgliedern spürbar. Offensichtlich eine Reaktion auf immer stärker werdende Forderungen nach Enteignung und Überführung sequestrierter Betriebe in Landes- und Kommunaleigentum. Allein Ende April 1946 waren von 45 Betrieben entsprechende Entschließungen und Resolutionen von der Mehrheit der Beschäftigten verabschiedet worden, unter ihnen die Belegschaft der Golde AG Gera. Die Demonstration von zirka 30.000 Geraern zum 1. Mai stand ebenfalls unter dem Zeichen dementsprechender Losungen. [77]

Zu dieser Entwicklung Stellung zu nehmen, war Gegenstand einer sogenannten "Geheimsitzung" Geraer Unternehmer am 26. April 1946 in der Industrie- und Handelskammer. Wie das "Thüringer Volk" berichtete, wandten sich zirka 75 Teilnehmer aus 74 Geraer Firmen, unterstützt von Vertretern der CDU und der LDPD, mit Ausnahme des Beauftragten der Firma Oertel, gegen die Enteignungsforderungen und sprachen den Belegschaften das Recht ab, darüber zu entscheiden. [78] Die Geraer Bezirksorganisation der LDPD hatte in der "Thüringer Landeszeitung", dem Organ der Thüringer Liberaldemokraten, in einer Stellungnahme den geheimen Charakter der Veranstaltung bestritten und erklärt, jener Liberaldemokrat sei als Privatperson aufgetreten. Das es sich nicht um eine solche handelte, zeigt ein Brief der Geraer Bezirksgruppe der LDP.

Bezugnehmend auf eine vom Mitteldeutschen Rundfunk bekanntgegebene Resolution, die in einer Versammlung von Betriebsräten wichtiger Geraer Unternehmen am 18. April 1946 verabschiedet wurde, heißt es unter anderem:

"1. Laut Befehl Nr. 97 des Obersten Chefs der SMAD vom 26.03.1946, Ziffer 1 soll alles sequestriert und konfiszierte Vermögen mit einigen Ausnahmen den Selbstverwaltungen der Provinzen zur Verfügung gestellt werden. In diesem Befehl ist die künftige wirtschaftliche Form dieser Betriebe noch nicht im Einzelnen festgelegt ... Selbstverständlich ist der militärische Befehl in vollem Umfang maßgeblich und wir betonen ausdrücklich, dass uns eine Kritik an den Verfügungen der Besatzungsmächte fern liegt. Wir betonen weiter, dass wir mit den Maßnahmen gegen Kriegsverbrecher und Aktivisten auch auf wirtschaftlichen Gebiet völlig einverstanden sind.

2. Bei dem größten Teil der sequestrierten Betriebe läuft ein Einspruchsverfahren, das die endgültige Entscheidung über diese Betriebe noch offen lässt. ... Die Resolution der Betriebsräte schießt also zumindest über das Ziel hinaus und entbehrt in dieser Hinsicht der Rechtsgrundlage.

3. Die Form, in welcher die Betriebsversammlungen durchgeführt worden sind, entspricht nach den uns gemachten Mitteilungen nicht den Grundsätzen der Demokratie. Insbesondere sind die Abstimmungen nicht geheim durchgeführt worden. ...

4. Zweck der Betriebsversammlungen und der Resolution ist zweifellos ..., in der breiten Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als verlange die Bevölkerung aus sich heraus jene weitgehende Überführung der Betriebe aus dem Privatbesitz in den Allgemeinbesitz. Demgegenüber stellen wir fest, dass weite Kreise, auch in der Arbeiterschaft, zumindest über die Grenzen und die Einzelheiten der notwendigen wirtschaftlichen Reformen anders denken. Beispielsweise ist uns bekannt, dass ein Geraer Betrieb geschlossen gegen eine Änderung der Besitzverhältnisse gestimmt hat. Dabei handelt es sich keineswegs um reaktionäre und faschistische Element ... Wir wehren uns gegen eine Stimmungsmache, die den Eindruck erweckt, als bestünde die Bevölkerung Geras und Thüringens nur aus Anhängern des Marxismus."

Anspielend auf die Rolle der SED heißt es an anderer Stelle :

"..., dass es sich weniger um spontane Kundgebungen des allgemeinen Willens als um einseitige beeinflusste Äußerungen mit einer bestimmten parteilichen Tendenz handelte." [79]

Theoretische Auffassungen und Selbstverständnis der SED über ihren geschichtlichen Platz, in programmatischen Dokumenten dargelegt, stimmen inhaltlich mit dieser Auffassung der Liberalen durchaus überein. 16 als "Initiatoren" genannte Teilnehmer jener "Geheim-sitzung" mussten sich in einer Arbeiterversammlung am 3. Mai 1946 im "Wintergarten" Gera rechtfertigen. [80]

Die SMATH verfügte mit dem Befehl Nr. 31 vom 18. Juli 1946 die Überführung sequestrierter Betriebe und konfiszierter Vermögenswerte von Kriegsverbrechern und Naziaktivisten, die nicht unter sowjetische Verwaltung gefallen waren, an die deutsche Verwaltung und bestätigte die entschädigungslose Enteignung von 1820 Thüringer Betrieben. In einem Festakt am 1. August 1946 im "Wintergarten" Gera wurde ein Teil der sequestrierten Betriebe in den Besitz des Landes Thüringen überführt. [81] Am 29. August 1946 wurden auf zahlreichen Versammlungen, so auch in Gera, nicht unter die Befehle Nr. 124 und 126 fallende Betriebe aus dem Sequester herausgenommen und das beschlagnahmte Vermögen, insgesamt 4136 Betriebe Thüringens, an die Eigentümer zurückgegeben. Nach heftigen Protesten von Betriebsangehörigen erfolgten dann Überprüfungen. In Gera betraf das zum Beispiel die Gera-Greizer Kammgarnspinnerei, wo sich der Klärungsprozess bis zum Juli 1947 hinzog. Der dazu geführte umfangreiche Briefwechsel zeigt, dass es trotz grundsätzlichem Konsens zwischen den Blockparteien immer wieder gegensätzliche Positionen und Rechtsunsicherheiten gab. [82]

Das wird auch in einem Diskussionsbeitrag von Dr. Mulert auf einer Sitzung der Beratenden Landesversammlung am 24. Juli 1946 deutlich. Die LDPD lehne die Bestrafung und Entmachtung der für den Krieg verantwortlichen nicht ab, sondern bejahe dies aus ganzem Herzen. Das Problem liege aber in der Abgrenzung des Kreises derer, die unter die Maßnahmen fallen sollen. Daraus seien von Anfang

an Missverständnisse und Übergriffe entstanden. Er verwies auf Tendenzen, die Sequestration zur "Sozialisierung" nutzen zu wollen und erklärte weiter: "Ich bin selbst in Gera im Januar dabei gewesen, als in einer größeren Versammlung der Bürgermeister und der zuständigen Herren zum ersten Mal die Durchführung dieser Befehle besprochen wurde und dabei kam eindeutig von den Vortragenden zum Ausdruck, dass bei dieser Gelegenheit ein Schritt zur Sozialisierung vorgenommen werden solle, in vollem Gegensatz und im Widerspruch zu den Erklärungen, die ich zur gleichen Zeit von den Herren in der russischen Verwaltung selber gehört habe." [83] Einem zum Abschluss der Sequestration vorliegenden Gesetzesentwurf bejahend, forderte Mulert namens seiner Partei:

1. eine strenge sachliche Verfahrensweise, ohne persönliche Gesichtspunkte;
2. keine wesentliche Veränderung der Wirtschaftsstruktur vorzunehmen und Betriebe auch wieder in Privatbesitz zu übergeben;
3. einen Schlusstrich unter Sequester und Enteignung zu ziehen und wirtschaftliche Strafaktionen abzuschließen. [84]

Auch außerhalb der Parteien gab es nicht immer nur Zustimmungen zu Enteignungsforderungen. Arbeiter der Kammgarnspinnerei Gera erklärten zum Beispiel, dass sie der Resolution des Betriebsrates gegen den Rückgabebescheid und für die Enteignung nur zugestimmt hätten, weil sie ihre Entlassung fürchteten. Antifaschistisch eingestellte Arbeiter und der Betriebsrat der Firma Karl Wetzel unterstützten den Einspruch des Direktors gegen die Sequestration, der dennoch abgelehnt wurde. [85] Bezeichnend ist auch, dass ein Überführungsgesetz zur rechts-staatlichen Sicherung der Ergebnisse der Bodenreform und der Sequestration durch den neugewählten Thüringer Landtag nur mit 50 gegen 39 Stimmen verabschiedet werden konnte. [86]

Die Enteignungen von Unternehmen in Industrie und Gewerbe und deren Überführung in Landes- und Kommunaleigentum waren damit nicht abgeschlossen. Weitere Enteignungen folgten. Sie erfassten

sowohl Unternehmer, die das Naziregime und dessen Verbrechen aktiv unterstützten als auch nominelle Nazis. So traf es unter anderem den Besitzer eines Geschäfts für Babybekleidung auf der Sorge, Hans Sacher, der im Trend der Zeit der SA beigetreten war, entsprechende Artikel geführt, zugleich aber eine jüdische Familie unterstützt hatte. Der politisch unbelastete Tischlermeister Freiersleben, Teilhaber eines sequestrierten Geraer Betriebes, wurde einschließlich Haus und Grundstück enteignet, obwohl das zum Teil einer Festlegung der Landesequesterkommission widersprach. [87]

Das Ausmaß dieser Enteignungen ging über den ursprünglich abgesteckten Rahmen weit hinaus. Es erfasste viele kleine und mittlere Unternehmen, Geschäfte und Handwerksbetriebe. Eine Sequesterliste des Landkreises vom Juni 1947 erfasste 39 solcher, für die Enteignung vorgeschlagener Betriebe. Unter den Unternehmen, die auf der Grundlage der Kommunalwirtschaftsordnung aus dem Sequester 1948 in das kommunale Wirtschaftsunternehmen überführt werden sollten, waren vier Tischler- und sieben Malerwerkstätten, sieben Mechaniker- und Schlosserwerkstätten, zwei Installations- und zwei Schuhmacherwerkstätten sowie eine Drechsler, sieben Handels- und fünf Baugeschäfte, fünf Gaststätten und eine Apotheke. [88] Von der Liste des Landkreises standen nur 2 und des Stadtkreises keines dieser Unternehmen auf der ursprünglichen A-Liste (zu enteignen). Das heißt, sie sind nachträglich aus den B-Listen (an die Besitzer zurückgegeben oder an Privatpersonen zu verkaufen) als zu enteignen eingestuft und neue Listen erarbeitet worden.

In einem Rundschreiben vom 3. Juli 1947 war darauf verwiesen worden, dass die Ergebnisse der Reinigungsausschüsse (Einstufung ehemaliger Nazis) kein Maßstab für die Spruchpraxis der Sequesterkommissionen seien. Neue Listen über zu enteignende Personen wurden angefordert. Noch im Dezember 1947 übermittelte die Landesesequesterkommission Verfahrensweisen zur Durchführung der Befehle Nr. 124 und 126 und erbat Nachmeldungen [89] Neuer Zündstoff für

Auseinandersetzungen zwischen den antifaschistischen Parteien war gegeben, gefördert noch durch persönliche oder von Parteiinteressen geprägte Motive. So wurde der Schuhmacher Knauer als Gestapomitarbeiter und SS-Angehöriger verleumdet, um sein Geschäft schließen zu können (eine Intrige, die aufflog). Der Dienststellenleiter der Gewerbebehörde forderte die Schließung von Geschäften, weil deren Inhaber Nazis gewesen wären oder der SED feindlich gegenüber stünden, es ohnehin zu viel Geschäfte gäbe und selbst Antifaschisten keine Gewerbebewilligung erhalten würden. Der Antifa-Block des Stadt- und Landkreises Gera sowie der Landrat befassten sich auf Antrag der LDP Ronneburg und Gera mit dem Unternehmen "Agaer Kohle", um Vorwürfe an die LDP-Mitglieder Clad und Breitenbach wegen Sabotage und Indiskretion bei Sequestrationsentscheidungen zu klären. ^[90]

4. Weitere Schritte zum Aufbau demokratischer Selbstverwaltungsorgane.

Die ersten freien Wahlen in Gera 1946 - Krise in der Blockpolitik?

Am 12. Juni 1946 trat auf Erlass des Präsidenten des Landes Thüringen das "Gesetz über die Bildung beratender Körperschaften bei der Verwaltung im Lande Thüringen" in Kraft. Dazu sollten eine Landesversammlung sowie Stadt- und Kreisversammlungen, paritätisch aus allen Parteien und Organisationen zusammengesetzt, gebildet werden. Auf der ersten Sitzung der Landesversammlung am 24. Juni 1946 mahnte Dr. Paul, dass "kein Parteienkampf, sondern die gemeinsame Arbeit und die große Verantwortung für den Aufbau unseres demokratischen Staates ihr Leitstern sein möge". ^[91] Aus Gera gehörten Dr. Mulert (LDPD) und Karl Körner (Thüringische Industrie- und Handelskammer/SED) diesem Gremium an.

Am 9. Juli 1946 wandte sich der Ortsvorstand Gera der SED mit einer schriftlichen Stellungnahme an den Antifa-Block Gera, in der massiv Kritik an Dr. Bloch geübt wurde. Seine Tätigkeit als Ober-

bürgermeister sei "für eine demokratische Entwicklung der Stadt Gera nicht mehr tragbar". Es wurden folgende Gründe angeführt:

1. B. ist Gegner jeder kollektiven Arbeit ...
2. Er fühlt sich politisch neutral und weder dem demokratischen Block, noch einer der drei Parteien verantwortlich ...
3. B. lehnt die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat ab ...
4. Er hat eine reservierte Haltung gegenüber antifaschistischen Kräften, insbesondere wenn es sich um Kommunisten handelt ...
5. Seine Einstellung zur Besatzungsmacht ist gestört ... Der sowjetische Kommandant habe zum Ausdruck gebracht, ein Oberbürgermeister, der die größte Partei (die SED) ablehne, sei nicht tragbar;
6. B. stellt sich schützend vor aktive Nazis, zum Beispiel bei der Sequestration; Mitglieder des Orts- und Kreisvorstandes der SED wurden von ihm als ehemalige Faschisten bezeichnet;
7. Seit Amtsantritt von Dr. Bloch ist es in Gera zum Stillstand der demokratischen Entwicklung gekommen.

Die SED werde "in der kommenden Wahlkampagne zu diesen Fragen in aller Öffentlichkeit Stellung nehmen ...", hieß es abschließend.
[92] Das erfolgte unter anderem mit einer Kritik im "Thüringer Volk".
[93]

Dennoch erhielt Dr. Bloch auf der konstituierenden Sitzung der Beratenden Stadtversammlung am 31. Juli 1946 das Vertrauen der 37 Mitglieder aus allen Parteien, auch der SED. Entsprechend eines Vorschlages der Alterspräsidentin, Frau Stephanus, LDPD, wurde der Vorstand aus den bisherigen Mitgliedern gewählt und auch die Ausschüsse blieben mit einigen kadermäßigen Änderungen bestehen.
[94]

Die Beratende Stadtversammlung setzte sich aus 38 Mitgliedern sowie dem Bürgermeister Fritz Gießner und den drei Beigeordneten Schmitz-Valkenberg, Jungmann und Goldammer zusammen. 21 Mitglieder gehörten der SED, 6 der CDU und 9 der LDPD an. Von 2 Mitgliedern ist die Parteizugehörigkeit nicht bekannt. Zur Stadtver-

sammlung gehörten bekannte Geraer Antifaschisten, wie Elsa Frey, Dr. Marie Quack, Julius Rave, Paul Richter, Dr. Ernst Schaefer, Anna Schneider und andere.

Auch mit diesem weiteren Schritt zur Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus im Kommunalen Bereich, blieben willkürliche Eingriffe in die Kommunalpolitik durch die Landesverwaltung und vor allem durch die Besatzungsorgane nicht aus. Wenige Tage nach Bildung der Beratenden Stadtversammlung in Gera stellte sich am 7. August 1946 im Vorfeld angekündigter Wahlen, beim Bürgermeister Gießner und im Sekretariat des Parteivorstandes der SED ein Herr Tietz als neuer Oberbürgermeister der Stadt Gera vor. Er berief sich dabei auf den Landespräsidenten Dr. Paul und erklärte, seine Berufung gehe vor allem von der SMATh, General Kolosnitschenko, aus, der eine Ablösung von Dr. Bloch wünsche. Tietz war SED-Mitglied, nach eigenen Angaben einst engster Mitarbeiter Lenins und Abteilungsleiter des Finanzamtes Berlin.

Der Bürgermeister und das Sekretariat des Parteivorsitzenden der SED lehnten die Abberufung Dr. Blochs ab. In einem Brief an Dr. Paul heißt es:

"Wir haben unsere kritische Haltung in der Frage des jetzt amtierenden Oberbürgermeisters Dr. Bloch vor dem antifaschistischen Block und vor der gesamten Bevölkerung in aller Offenheit dargelegt und wären jetzt geradezu als politische Intriganten kompromittiert, wenn plötzlich ... von Weimar aus ein neuer Oberbürgermeister eingesetzt wird. Da es sich im Falle Tietz um ein Mitglied der SED handelt, würde uns bestimmt kein Mensch glauben, dass wir als Partei mit dieser Berufung nichts ... zu tun haben. Wir würden außerdem in unserer Wahlpropaganda, die verlangt, dass die Gemeindevertretungen das alleinige Recht der Einsetzung und Abberufung ihrer leitenden Beamten haben müssen, vor aller Öffentlichkeit der Lüge gestraft ... Wir ersuchen aus diesen Gründen dringend darum, die Maßnahme in

Bezug auf die Berufung des Herrn Tietz sofort rückgängig zu machen". Die Partei werde, so hieß es abschließend, "nach den Wahlen gemeinsam mit dem antifaschistischen Block in Gera unsere Oberbürgermeisterfrage ... lösen ...". [95]

Angemerkt sei, dass Dr. Bloch, bisher parteilos, im August 1946 Mitglied der SED wurde, von der er kurze Zeit zuvor so massiv öffentlich kritisiert worden war, und für die er auch zu den bevorstehenden Wahlen kandidierte. Bloch war aufgrund seines Amtes öfter zur Kommandantur bestellt und wegen seiner Haltung zur SED kritisiert worden.

Mit der Vorbereitung der ersten freien Wahlen nach dem Ende des Krieges, am 8. September 1946 (Kommunalwahlen) und am 20. Oktober 1946 (Kreis- und Landtagswahlen), wurden Gemeinsamkeiten des Handelns aller im Block vertretenen Parteien zurückgedrängt. Parteipolitische Interessen und divergierende Ziele traten stärker in den Vordergrund, wurden deutlicher ausgesprochen und mitunter im heftigen, nicht immer sachlichen Streit ausgetragen, obwohl sich alle antifaschistisch-demokratischen Parteien dafür ausgesprochen hatten, einen fairen Wahlkampf zu führen und das Miteinander nicht zu gefährden. Der Parteivorstand der SED erklärte am 17. Juni 1946 beim "demokratischen Aufbau Deutschlands als Einheitsstaat mit dezentralisierter Verwaltung der Länder, mit allen ehrlichen antifaschistisch-demokratischen Kräften und Parteien ... zusammenzuarbeiten". Er forderte die Parteiorganisationen auf, in der Wahlvorbereitung "die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Parteien zu vermeiden". [96] Im Aufruf des Thüringer Landesblocks vom 29. Juli 1946 hieß es: "Die Parteien sind entschlossen, den Wahlkampf in würdiger und sachlicher Form zu führen. Sie erwarten von ihren Angehörigen, dass sie überall diesem Grundsatz folgen". [97] Dieser Orientierung entsprach auch eine Rededisposition des Geraer SED-Kreisvorstandes: "Blockpolitik nach wie vor maßgebend. Bürgerliche Parteien dürfen nicht in die Opposition gedrängt werden. Stoßrichtung nicht gegen andere Parteien, sondern gegen Reaktion in jeder Gestalt. Kei-

ne persönliche Verunglimpfung." [98]

Reden, Losungen und Pressebeiträge zur Wahl widerspiegeln jedoch ein anderes Bild. Zu den Interessengegensätzen der Parteien kamen zusätzliche Spannungen aus dem jetzt spürbar werdenden kalten Krieg, der nicht nur die internationalen Beziehungen verschärfte, sondern in dessen Dienst auch die Deutschlandpolitik der Besatzungsmächte instrumentalisiert wurde und der sich auf die Politik aller Parteien in den Besatzungszonen auswirkte. Die Parteien der westlichen Besatzungszonen versuchten, sich in den Wahlkampf der SBZ einzumischen. Schumacher warf der SED vor, eine nationalistische Politik zu betreiben. In Medien der Westzonen wurde die SED als "Russenpartei" beschimpft. [99]

Orientiert an dem Wahlaufufruf vom 17. Juni 1946 hob die Geraer SED-Parteorganisation hervor, dass

- sie besonders große Verdienste am Neuaufbau habe, dabei stets bahn-
- brechend voran gehe und Initiator aller demokratischen Reformen gewesen wäre,
- ihre Abgeordneten-Kandidaten aktiv gegen den Faschismus gekämpft,
- dabei große Opfer gebracht hätten und auch jetzt wieder ihre Kraft in den Dienst des Volkes stellen würden,
- sie die einzige Partei sei, die ein klares Programm für die Bewältigung
- der schwierigen Probleme und für den Weg in die Zukunft habe.

Der Geraer Bürgermeister Fritz Gießner (SED) zog in diesem Sinne auf einer Wahlversammlung eine positive Bilanz und forderte, dass nur Kräfte, die durch die Tat bewiesen hätten, gute Demokraten zu sein, gewählt werden sollten. Nicht alle in einer demokratischen Partei seien Demokraten. Wörtlich erklärte er: "Die SED hat durch ihre bisherige Tätigkeit bei der Durchführung der demokratischen Maßnahmen bewiesen, dass sie als aktivste Kraft beim politischen und wirtschaftlichen Aufbau in Erscheinung tritt, und sie muss deshalb

von allen Schichten unterstützt werden". ^[100] Ähnlichen Inhalts waren die Wahllosungen, so unter anderem:

„Die SED an der Spitze des Aufbaus
- Vertreter der SED in die Gemeinden
- Wählt SED!“

„In den Gemeindevertretungen nur Antifaschisten
- echte Demokraten
- wählt SED!“ ^[101]

Zugleich setzte sich die SED polemisch mit den erklärten Zielen und Absichten der anderen Parteien auseinander, wandte sich kritisch, aber nicht immer sachlich, gegen deren Kandidaten und Teilnehmer an Wahlversammlungen. Das Organ der SED "Thüringer Volk" warf diesen Parteien vor, sich in ihren Wahlaufufen nicht zu den Erfolgen gemeinsamer Arbeit, zum Willen der Zusammenarbeit nach den Wahlen und zum Kampf gegen Faschismus, Militarismus und Reaktion zu bekennen. ^[102] Der sich auf den Marxismus berufende deutlicher werdende Ausspruch der SED, allein die Wahrheit zu erkennen und andererseits Ausfälle von christlich-demokratischen und liberalen Politikern gegen die SED, verschärfte die Beziehungen zwischen den Parteien des Blocks.

Jacob Kaiser hatte seine Auffassungen vom christlichen Sozialismus, die jetzt in den Mittelpunkt des Wahlkampfes der CDU rückten, wenige Wochen zuvor auf dem Parteitag der CDU, im Juni 1946 in Weimar, offen dargelegt. Für Christdemokraten sei "der Sozialismus niemals ein System grundsätzlichen Hasses gegen Besitz und höheres Lebensniveau". Für Kaiser schloss sich christliches Sozialgesetz und Marxismus aus. Das hindere aber die CDU nicht, "mit den Männern des Marxismus in gemeinsamer Front zur Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zusammenzuarbeiten". ^[103]

Solche Auffassungen boten durchaus Ansatzpunkte für eine sachli-

che Diskussion auf der Suche nach gemeinsamen Wegen zum sozialen Fortschritt. Doch die verantwortlichen Kräfte sowohl bei den Christdemokraten als auch den Sozialisten setzten im Wahlkampf auf Konfrontation. Für die SED war der christliche Sozialismus bewusste Irreführung, "in Wirklichkeit Antisozialismus". Er versuche, "vom einzig möglichen und richtigen demokratischen Weg abzulenken", so die Meinung von Fritz Gießner (SED). Er erklärte aber auch, dass "die Fragen der Konfession, des Christentums ... nicht auf der Tagesordnung" stehen würden, sondern der "Aufbau eines neuen geeinten Deutschlands auf demokratischer Grundlage". [104] Dr. Friedensburg erklärte dagegen auf einer Wahlveranstaltung in der Ostvorstädtischen Turnhalle in Gera, der christliche Sozialismus diene dem Allgemeinwohl, der marxistische nur einer Klasse und sei deshalb "undemokratisch, monopolistisch, ja faschistisch". [105]

Ein Pressebericht über die Wahlveranstaltung der LDP in den Räumen der Bühnen der Stadt Gera am 1. September 1946, auf der Dr. Külz, Reichsminister a. D. sprach, war voll von Vorwürfen, Unterstellungen und Verleumdungen an die Liberaldemokraten, auch wenn dabei an reale Vorkommnisse in dieser Versammlung angeknüpft wurde. Die Versammlung habe offen gezeigt, aus welchen Kreisen die Anhängerschaft der LDPD bestehe, "Unter dem indifferenten Bürgertum, in strammer Reihe Nazis, ... , Nazis, Nazis und nochmals Nazis". Dr. Külz wurde vorgeworfen, seine Rede bewusst auf dieses Publikum ausgerichtet zu haben, die eine einzige "Konzession an die politischen Ansichten der versammelten bürgerlichen und faschistischen Reaktion" gewesen sei. Ihr Inhalt wurde mit einer Hindenburg-Rede gleichgestellt. [106]

Kritik an der LDP und der CDU übte, allerdings wesentlich sachlicher, der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Ziegner auf einer Kundgebung der SED in Gera. Die LDP wolle eine "liberale Entwicklung unseres Landes ...", "treibe eine planlose Politik" und habe "10 Jahre verschlafen ...". "Eine ebensolche Haltung nehme die CDU ein". [107] Kandidaten beider Parteien wurde vorgeworfen, Mitglied reaktio-

närer nationalistischer Vereine in der Weimarer Republik gewesen zu sein und die Nähe der Nazis gesucht zu haben, so dem CDU-Kandidaten Pfarrer Simcik aus Gera-Zwötzen, Mitglied im Jungdeutschen Orden und dem LDP-Kandidaten Erich Rahmig aus Gera, Mitglied im Stahlhelm und "wahrscheinlich" SA-Mann. [108]

Die Kreisparteiorganisation Gera der SED führte im August 1946 eine große Wahlversammlungskampagne durch. So unter dem Motto "Die Stadt reicht dem Land die Hand! Nur gemeinsam können wir ein neues Deutschland bauen. Bauer, Deine Stimme der SED!", am 14. und 15. August in 23 Orten des Landkreises. Vom 28. bis 31. August wurden im Kreis Gera auf solchen Wahlversammlungen Kandidaten vorgestellt, unter ihnen Fritz Roth, Max Fuchs, Anna Schneider, Fritz Schulze, Arthur Kabst, Emma Weiß, Dr. Kurt Gröbe (Arzt), Arno Ernst (Bauunternehmer), Marie Goldammer, Dr. Arno Barth (Oberlandesgerichtspräsident), Arno Grieß (Optiker) und andere. Insgesamt hatte die Geraer Parteiorganisation 50 Kandidaten nominiert, von denen über die Hälfte aus der Arbeiterklasse kamen oder aus ihr hervor-gegangen und nach der Befreiung in verantwortlichen Funktionen tätig waren, wie Fritz Gießner. [109]

Am 21. August sprach Dr. Paul, Präsident des Landes Thüringen, in Gera. Auf seine Mitgliedschaft und Haltung zur SED eingehend antwortete er: "Die konsequente Haltung der SED zur Frage der Einheit Deutschlands und ihre Initiativen und Aktivitäten beim demokratischen Neuaufbau des Thüringer Landes haben mich zum Eintritt veranlasst". Mit ihr verbinde sich seine Überzeugung, sich dem großen Ziel - heraus aus den Trümmern und der Not ... am sichersten zu nähern. [110]

Infolge der Schärfe des Wahlkampfes und der Auseinandersetzungen traten zahl-reiche Mitglieder aus den bürgerlichen Parteien aus, was die SED ihrerseits als Wahlpropaganda nutzte. [111]

Der Frauenausschuss von Gera hatte einen eigenen Wahlvorschlag eingebracht, für den 14 Frauen kandidierten: Gertrud Schmidt (We-

berin), Liddy Friemel (Arbeitsamtsangestellte), Minna Meyer (Hausfrau), Claire Nötzel (Angestellte), Klara Faulwetter (Hausfrau), Elise Bey (Opernsängerin), Dr. Ingeburg von Tomasczewski (Ärztin), Marie Biermann (Hausfrau), Hildegard Dressel (Spinnereiarbeiterin), Margarete Arnhold (Studienassessorin), Liesbeth Dörfel (Kindergärtnerin), Dr. Rabbow (Ärztin), Helene Tirsch (Textilarbeiterin) und Klara Wunder (Hausfrau).^[112] Gegen eine solche Liste wurde argumentiert, die SED wolle so ihren Einfluss verstärken.

Angesichts einer immer noch weit verbreiteten Lethargie in der Bevölkerung bemühten sich die Parteien besonders auch um konfessionell gebundene Bürger. Mit alternativen Fragestellungen wie "Christentum oder Marxismus" versuchten CDU-Kreise die Stimmen christlicher Bürger zu gewinnen. Die SED erklärt, "sie mache keine konfessionellen Unterschiede" ... "Tausende und Abertausende von Gläubigen befinden sich in unseren Reihen". "Komm auch Du! Wähle Liste 1!"^[113]

Die Kirche sah sich in der Pflicht, offiziell zu den Wahlen Position zu beziehen und gegen Missbrauch religiöser Gefühle zu wenden. In einer Rundfunkansprache erklärte der Landesbischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Thüringen: "Fort mit aller Gleichgültigkeit ... es geht um unser Kinder Land! Auf Herz und Gewissen sei es jedem Christen gelobt, dass niemand abseits bleibe, dass jeder am Tag der Wahl seine Pflicht tue!"^[114] In einem Rundbrief mahnte er die Pfarrer, sie "möchten bei ihrem Handeln und Reden immer daran denken, dass sie stets eine Verantwortung für die Landeskirche mittragen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass Äußerungen in den Kreisen bleiben, in den sie getan worden sind. Das gilt besonders in der Zeit des Wahlkampfes".^[115] In einer vom "Thüringer Volk" veröffentlichten Stellungnahme des Landessuperintendenten von Schwerin hieß es: "Keine Partei hat das Recht zu erklären, man müsse um des Christentums Willen sie und keine andere Partei wählen".^[116]

Wenige Tage vor den Kommunalwahlen wandten sich die Parteien in

einem gemeinsamen Aufruf nochmals an die Wähler, indem sie einschätzten, die Werbung für die Kandidaten sei scharf, aber in würdiger und sachlicher Form erfolgt. Sie forderten zur geschlossenen "Beteiligung an den Wahlen als höchste demokratische Pflicht" auf. [117] In einem Flugblatt der Geraer SED hieß es: "Wir brauchen die Stimmen aller Antifaschisten! Keine Wahlfaulheit! Keine Stimmenthaltung!" [118]

Die Wahlergebnisse im Geraer Raum fielen wie folgt aus:

Stadtkreis	
Gültige Stimmen	56776
davon	
SED	26198
CDU	9780
LDP	20439
Frauenausschuss	429
Landkreis	
Gültige Stimmen	63363
davon	
SED	33668
CDU	6896
LDP	18862
Frauenausschuss	883
VdgB	3195

Die bürgerlichen Parteien hatten damit im Stadtkreis zusammen die Mehrheit der Stimmen erhalten.

Fritz Gießner erklärte in Auswertung der Wahlen, dass es jetzt Aufgabe der SED sein müsse, im antifaschistischen Block auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die von konservativen Kräften ausgehen. Er forderte, Fehler und Mängel, die im Wahlkampf aufgetreten seien, auszumerzen und die Kräfte für die große Initiative zu organisieren, die jetzt im Interesse der Gesundheit des Volkes vonnöten sei. [120]

Die SED wurde mit 24 Vertretern in der Geraer Gemeindevertretung stärkste Fraktion. Die LDP mit 18 und die CDU mit 8 Sitzen verfügten zusammen über eine 2-Stimmenmehrheit, die sie versuchten für den Einfluss ihrer Parteien zu nutzen. Nachdem in der ersten Sitzung bereits 4 Beigeordnete entsprechend dem für die Gemeinderatswahl geltenden Verhältniswahlrecht gewählt worden waren, beantragten sie jetzt Wiederholung durch eine Listenwahl, wobei die bürgerlichen Parteien eine Listenverbindung eingehen wollten, ebenso bei der Wahl eines Beigeordneten. Entgegen dem auf der 1. Sitzung beschlossenen Recht, dass der Oberbürgermeister seinen Stellvertreter selbst bestimmen kann, forderten sie jetzt dessen Wahl durch das Gemeindeparlament. [121] Diese Bestrebungen von Vertretern bürgerlicher Parteien, deren Zwischenrufe wie "Nazimethoden", ebenso wie Formulierungen aus der SED-Fraktion, sie werde mit aller Entschiedenheit das verbrecherische Spiel der Reaktion scharf bekämpfen, Vorwürfe an die bürgerlichen Abgeordneten, durch "nazistische Stimmen" eine Mehrheit erhalten zu haben und anderes widerspiegeln das politische Klima im Schatten der Landtagswahlen am 20. Oktober 1946.

Von den neugewählten 12 Mitgliedern des Geraer Stadtrates gehörten 5 zur SED, 3 zur LDP, 2 zur CDU und 2 waren parteilos. [122] Als Oberbürgermeister wurde Dr. Bloch einstimmig gewählt, der von der SED als stärkste Fraktion für dieses Amt nominiert worden war und als Stellvertreter Fritz Gießner. Hans Goldammer, Erich Hofmann und Lucie Neupert (alle SED), Clemens Toepel, Kurt Zimmermann und Krautwurst (LDPD) erhielten das Vertrauen als Beigeordnete

ebenso Dr. Franz Josef Tschammer anstelle von Sirutska, der die Wahl nicht angenommen hatte.

Auch im Landkreis gab es Versuche, die SED-Position nach der Wahl zu schwächen. So wurde dem bisherigen SED-Bürgermeister von Lederhose, Beck, versprochen sein Amt zu belassen, wenn er der LDP beitrete, was dieser jedoch ablehnte. ^[123]

Mit einem Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien Thüringens: "An das Thüringer Volk", wurde gefordert, die bevorstehende Wahlarbeit zur Ablösung der beratenden Landesversammlung durch einen gewählten Landtag im gleichen Geist der Kameradschaft zu leisten, wie in den letzten Monaten. ^[124] Das Gegen-einander der Parteien setzte sich dennoch bis zu den Landtagswahlen fort. Der Inhalt des Wahlkampfes hatte sich kaum verändert.

Wahlauftakt für die SED war das Auftreten von Fritz Heilmann im Oktober 1946. Weitere Wählerversammlungen der Geraer Parteiororganisationen der SED fanden mit Heinrich Hoffmann, Prof. Dr. Fritz Gröbe und Fritz Roth statt. ^[125]

Stärker noch als zu den Gemeinderatswahlen nutzte die Geraer SED in ihrer Wahlpropaganda zur Mobilisierung der Wähler und in der Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Parteien, dass diese kaum Arbeiter oder andere Werktätige auf ihren Kandidatenlisten nominiert hatten. In einem Beitrag auf der Lokalseite für Gera in der SED-Zeitung "Thüringer Volk", hieß es unter der Schlagzeile - "Die LDP ohne Maske" - unter anderem: "Mit dieser Liste hat die LDP die Maske fallen lassen. Sie ist die Partei des Kapitals ... die Partei der nazihörigen Reaktion ...". ^[126] Auf der gleichen Seite wurde für die Kandidatenliste der SED als Vertreter der Jugend Erich Rudolph, Leiter der Jugendschule Zeulenroda mit seiner sozialistischen und antifaschistischen Biographie vorgestellt. Diese Art Wahlpropaganda war für die Geraer SED-Organisation, wie schon bei den Gemeinderatswahlen wirksam angewandt, charakteristisch.

Am 15. Oktober sprach der Geraer Oberbürgermeister Dr. Friedrich

Bloch in einer Wahlversammlung der SED zu Geraer Einwohnern. Nach Ausführungen über Ursache und Wesen des Hitlerfaschismus, schlussfolgerte er, dass der Kapitalismus und damit die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr lebensfähig und eine neue Gesellschaftsordnung im Entstehen sei ... Auch die liberalen Ideen gehören der Vergangenheit an. "Dem Gedanken Sozialismus gehört die Zukunft. Bei den ... Landtagswahlen geht es ... um eine Entscheidung für das Alte oder für das Neue ...". Auf Schwierigkeiten der Versorgungslage eingehend, verwies er auf Erfolge in Gera, wie zusätzliche Kartoffelzu- teilung und Inbetriebnahme des Gaswerkes, für das die SED sich bei sowjetischen Organen eingesetzt hatte und sprach die Gewissheit aus, auch auf anderen Gebieten der Not Herr zu werden. Dr. Bloch appellierte an die Bürger, "ihre Stimme für die Partei der Zukunft und des Fortschritts abzugeben". [127]

Für die Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen SED und bürgerlichen Parteien war die öffentliche Versammlung der CDU in Gera am 16. Oktober 1946 durchaus typisch. Hauptredner, Jacob Kaiser, kritisierte das "propagandistische Trommelfeuer einer gewissen Partei", fand es beleidigend, wenn immer nur von einer Partei gesprochen werde und bezeichnete den Wahlkampf der SED als "Reklamerummel", denn die Arbeit sei vom gesamten Volk und allen Parteien geleistet worden. Er propagierte erneut den christlichen Sozialismus. Offensichtlich bezogen auf die SED erklärte er, die CDU wolle "die Demokratie und nicht eine Wiederholung oder Zweitauf- lage der Diktatur". "Wir wehren uns dagegen, dass wir wieder Befehlsempfänger einer gewissen totalitären Partei werden sollen," erklärte er und sprach sich zugleich für weitere sachliche Zusammenar- beit mit der SED aus. Deren Auffassung, dass jeder, der nicht ihrer Meinung sei, sich nicht Demokrat nennen dürfe, sei jedoch irrig.

Otto Jenssen und Fritz Gießner, die gegen Kaisers Auffassung auftra- ten, fanden wenig Gehör und wurden durch Zwischenrufe gestört wie: "Was machen die Schieber?", "Wo bleiben die Kartoffeln?", "Es interessiert uns nicht, ob Du im Konzentrationslager warst!", "Was

heißt Arbeiterschaft - wir arbeiten alle.". Bierdeckel wurden mit Aufschriften versehen wie: "Die SED ist die Partei, die Deutschland an die Russen verschachert hat, Deutschland wach auf!", "Michel, wach auf! Denk an Ostpreußen, Pommern und Schlesien, wähle nicht SED.". [128]

Angesichts der Bedeutung der Grenzfrage im Wahlkampf (Gera hatte über 20.000 Umsiedler aus ehemaligen deutschen Ostgebieten aufgenommen) hatte die SED erklärt, sie werde sich jeder Verkleinerung deutschen Gebietes entgegenstellen. Die Ostgrenze sei nur provisorisch. [129] In einem Brief an alle Mitglieder der SED vom Kreis Gera mit einer 12 Fragen umfassenden Argumentation wurde die Frage "Können wir mit einer Revision der Ostgrenze rechnen?" in diesem Sinne beantwortet und zugleich auf die Ausnutzung der Grenzprobleme durch bestimmte "reaktionäre Kreise" verwiesen. [130] Diese Stellungnahme war für das Wahlverhalten vieler Flüchtlinge, ebenso wie die Bodenreformpolitik, zugunsten der SED von Bedeutung. Zur Rückkehr der Kriegsgefangenen hieß es: "Die SED hat schon an die SMA die Bitte gerichtet, noch eine Million deutscher Kriegsgefangener nach Deutschland zu entlassen.". Hinsichtlich der bürgerlichen Parteien wurde in dem Geraer Diskussionsmaterial erklärt, diese könnten die Interessen der Werktätigen nicht mehr vertreten, da in ihnen "die Reaktion schon wieder starken Einfluss gewonnen" habe. [131]

So bedeutungsvoll solche Grundfragen waren, die nahezu jeden unmittelbar berührten, in der Diskussion dominierten auch zu den Landtagswahlen die täglichen Sorgen ums Überleben. [132] Das war auch der Punkt 1 der Geraer Argumentation.

Am Tag vor der Wahl legte Karl Doerr im "Thüringer Volk" noch einmal die Position der SED zu den Wahlen dar. Auf Erfahrungen der Weimarer Republik verweisend, sprach er über Notwendigkeit und Grenzen der Blockpolitik trotz aller Gemeinsamkeiten. Kapitalistischer Charakter und starke reaktionäre Tendenzen bei den bürgerlichen Parteien wurden betont. Die einzig richtige Entscheidung

sei deshalb: Wahl der SED. [133]

90,7 % der wahlberechtigten Thüringer beteiligten sich an der Wahl. Die Ergebnisse der Landtagswahlen wurden als großer Erfolg der SED gewertet. 816.864 Wähler entschieden sich für die Kandidaten der SED. Die LDPD erhielt 471.415 Stimmen, die CDU 313.824 und die VdgB 55.093. [134] Die SED verfügte in Thüringen über eine knappe Stimmenmehrheit von etwa 3,8 % zu den bürgerlichen Parteien. Während diese im Land Thüringen im Vergleich zu den Gemeindewahlen 119.486 Stimmen dazu gewonnen hatten, betrug der Stimmenzuwachs bei der SED nur 50.305 - für die SED ein Signal sinkenden Prestiges bei den Thüringer Wählern.

Im Landkreis Gera konnte die CDU ihre Wählerstimmen mehr als verdoppeln, die LDPD hatte einen Wählerstimmenzuwachs von zirka 3 % und die SED von zirka 8 %. von den 74.023 abgegebenen gültigen Stimmen im Landkreis fielen

36.376	auf die SED
19.467	auf die LDPD
14.576	auf die CDU
3.604	auf die VdgB.

Anders im Stadtkreis. 58.614 gültige Stimmen waren von Wählern abgegeben worden. Davon entschieden sich:

30.537	für die SED
19.755	für die LDPD
8.092	für die CDU
230	für die VdgB [135]

In verschiedenen Publikationen wird Wahlhilfe zugunsten der SED und Beeinträchtigung der Wahlstätigkeit bürgerlicher Parteien durch die Besatzungsmacht angedeutet. Manfred Gerlach zum Beispiel spricht von Privilegierung der SED, von angedrohten Repressalien und Druck auf die Wahlhelfer und Kandidaten der LDPD und CDU. [136] Für den Wahlprozess in Gera gibt es keinen Nachweis dafür. Es gab jedoch ein enges Zusammenwirken von Kreis- und Ortsorganisa-

tionen der SED und der Kommandantur der Sowjetarmee in Gera. Der Parteivorstand hatte sich des öfteren um Hilfe an sie gewandt und auch erhalten, um Probleme zu lösen und Schwierigkeiten zu beheben, so auch, als es um den Wiederaufbau des im Juli 1945 zerstörten Geraer Gaswerkes ging. ^[137] Entsprechende Aktivitäten, wie Briefe, Befehle und eingeleitete Maßnahmen wurden breit publiziert und in der Wahlpropaganda genutzt, das stärkte die Autorität und das Ansehen der SED, förderte Auffassungen, dass sie am besten in der Lage wäre, über die sowjetischen Organe positive Veränderungen zu Gunsten der Bürger zu erreichen und beeinflusste so das Wahlverhalten. Für den Wahlausgang war es sicherlich nicht bestimmend.

In einem "Nachwort zu den Landtagswahlen in Gera" stellte der Parteivorstand der SED fest, beide bürgerliche Parteien hätten innerhalb von 6 Wochen 2.500 Stimmen verloren, davon die CDU in Gera 1.700. ^[138] Nach dem offiziellen Endergebnis waren es real 2382 Stimmenverluste für beide bürgerliche Parteien zusammen, davon 1698 für die CDU.

Der Oberbürgermeister von Gera, Dr. Bloch, wandte sich unter dem Motto: "An die Arbeit", an die Geraer Bürger und forderte sie "trotz der vielen Trennlinien und Grenzen ... zur Mitarbeit und Zusammenarbeit" auf. ^[139] Richard Eyermann vom SED-Landesvorstand orientierte auf "reale Demokratie im Sinne der Blockpolitik". ^[140]

Auf SMAD-Befehl vom 27. November 1946 gingen die Gesetzgebungsbefugnisse an den Landtag über. Dieser verabschiedete nach drei Lesungen am 20. Dezember 1946 die neue Landesverfassung. Vertreter aller Parteien hatten am Entwurf mitgewirkt. Die CDU, die ursprünglich einen eigenen Entwurf ihres Zonenvorstandes einbringen wollte, hatte allein 43 Anträge eingebracht. ^[141] Wie Landesbischof Mitzenheim erklärte, waren auch alle Vorschläge der Kirche bis auf einen in der Verfassung berücksichtigt worden. ^[142] So trug die Verfassung wirklich Kompromisscharakter, trotz des Vorwurfes nach ursprünglicher "SED-Handschrift". Es sei dazu auf einen interessanten Brief von Prof. Jürgen John in "Thüringer Blätter zur Lan-

deskunde", Verfassungen Thüringens 1816 bis 1946, verwiesen.

Der Antifa-Block Gera befasste sich nach Abschluss der Kommunal- und Landtagswahlen in einer Sitzung im Januar 1947 mit der Arbeit des Blocks. Er schätze ein, dass

- die Aktivitäten des Blocks in den letzten 4 Monaten erheblich nachgelassen hatten,
- es notwendig ist, die durch Wahlkämpfe zwischen den Parteien und durch die entstandenen parlamentarischen Vertretungen entstehenden Entfremdungen voll zu überwinden
- und die Zusammenarbeit 1947 zu verbessern.

Das sollte Grundlinie aller Parteien sein. Ein Aufreiben der Kräfte der Parteien untereinander sei eine Gefahr für die gesamte demokratische Entwicklung. Die Hauptaufgabe bleibe der Kampf gegen die Überreste des Faschismus. ^[143]

So war zunächst die weitere Zusammenarbeit im Interesse der demokratischen Entwicklung gesichert.

Schlussbemerkungen

1. Geraer Antifaschisten, zunächst aus der Arbeiterbewegung, bald auch anderen politischen Strömungen, Liberale wie Christdemokraten, Werktätige wie Bürgerliche, vollzogen nach der Befreiung vom Faschismus mutig den Bruch mit dem verhängnisvollen reaktionären Weg deutscher Geschichte, unternahmen entschlossen den Versuch, neue gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Trotz widersprüchlicher Prozesse, politischen Drucks aus KPD und später SED-Kreisen oder Eingriffen sowjetischer Besatzungsorgane waren Reformen von einer relativ breiten demokratischen Bewegung getragen. Die ersten Wahlen nach Kriegsende waren, auch im Vergleich zu den Nachwendewahlen in der DDR und in der BRD nach dem 3. Oktober 1990, frei und demokratisch. Aus diesen Erfahrungen der Geraer Antifaschisten ist die These im Bericht der Enquetekommission des

Deutschen Bundestages, dass im Osten Deutschlands ein nahtloser Übergang von einer Diktatur zur anderen stattgefunden habe, als falsch zu bewerten und das Sondervotum des Abgeordneten Dr. Dietmar Keller, PDS/LL, dazu zu bekräftigen.

2. Erfolge und Misserfolge der ersten Nachkriegsjahre sind Ergebnis des gemeinsamen Handelns aller Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks. Diese Politik bot eine alternative Chance zur traditionellen Parteienpolitik. Sie wurde in den Jahren 1945 / 1946, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, Auseinandersetzungen, Irrtümern und Fehlern für ein demokratisches Neubeginnen genutzt.

3. Zur These "die Blockpolitik war von Seiten der KPD und auch anderen Parteien von Beginn an unehrlich", gibt es auch aus Sicht Geraer Erfahrungen manches Für und Wider. Es ist zu unterscheiden zwischen ehrlichem Bemühen im örtlichen Wirkungsbereich und dem Taktieren der zentralen Führungsgremien.

4. Es bleibt das geschichtliche Verdienst der Antifaschisten jener Zeit, der Bevölkerung aus Lethargie, nazistischem Ungeist, aus Trümmern und Not einen Weg in eine friedliche Zukunft gewiesen zu haben. Frauen und Männer, wie Anna Schneider, Fritz Gießner, Fritz Roth, Otto Jensen, Elsa Frey, Dr. med. Ernst Schäfer, Dr. Martin Mulert, Martha Birnstock, Julius Rave, Dr. Marie Quack, Dr. Paul, Dr. Friedrich Bloch, Elsa Schmidt-Valkenberg, Willy Schneider, Hermann Drechsler, Max Keppel, Marie Goldammer und all den ungenannten bleibenden Antifaschisten gehört ein fester Platz in der Geschichte der Stadt und des Kreises Gera.

Quellenverzeichnis

(Die bibliografischen Beschreibungen der Quellen wurden noch nicht durchgesehen. H.D. Dez. 2014)

- [1] Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945, Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Band 1, Berlin, 1959. - Seite 14 ff.
Aufruf des Zentralaussschusses der SPD vom 15. Juni 1945 zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands, ebenda Seite 18 ff.
Gründungsaufruf der CDU vom 26. Juni 1945 - Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945 - 1949, Berlin 1968, Seite 78 ff.
Gründungsaufruf der LDPD vom 5. Juli 1945, ebenda Seite 88 ff.
- [2] Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar (im folgenden ThHStA) Akte BPA Erfurt, I/2 - 002 und I/1 - 001
- [3] Potsdamer Abkommen und andere Dokumente, Berlin 150, Seite 13 - 24
- [4] Curt Böhme, Rededisposition zur Vereinigung von KPD und SPD, Argumente der Gegner der Einheit, 1946, Seite 9
Persönliches Archiv Karl Finken, Stadtvorstand der PDS Gera
Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 4. - Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera

Kapitel 1

- [5] Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 4 Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera
Erinnerungen von Ruth Werner, Tochter von Fritz Gießner, an die Zeit 1945 / 46 (im Besitz des Autors)
- [6] Fritz Roth, Sieg des Einheitswillens, in "Thüringer Volk" vom 07. April 1949,
Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 4 Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera
- [7] Ute Heckmann, Das Ende des 2. Weltkrieges in Gera und die Unterstützung durch die sowjetische Militäradministration (im folgenden SMA) beim Neuaufbau, in: Beiträge zur Regionalgeschichte II, Museum der Geschichte der Stadt Gera, 1985, Seite 4/5

- Geschichte der Parteiorganisation Gera-Stadt der SED, 4 "Mit uns zieht die neue Zeit", Gera 1987, Seite 9
- [8] Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 4 Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera
- [9] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt, I/2 – 002
Erinnerungen Max Keppel, Persönliches Archiv Karl Finken, Stadtvorstand der PDS Gera
- [10] Antifaschistisches Informationsblatt Nr. 1
Ute Heckmann, Das Ende des 2. Weltkrieges ... a. a. O. Seite 5
- [11] Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Stadt der SED, "Mit uns zieht die neue Zeit", Gera 1987, Seite 15
Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 8 Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera
- [12] "Das neue Leben muß anders werden", Herausgeber FDJ-Leitung der FDJ-Grundorganisation beim Rat der Stadt Gera, Gera 1969, Seite 10
- [13] Fritz Gießner, Ein Jahr demokratischer Aufbau in Gera, Gera 1946, Seite 4/5
Stadtverordnetenversammlung Gera, Stadtarchiv Gera
- [14] Stadtarchiv Gera (im folgenden StA Gera), Akte III C01 0365 und 2671, Amts- und Versorgungsblatt des Oberbürgermeisters der Stadt Gera Nr. 1 vom 1. Juni 1945. Die Parteizugehörigkeit wird in den Akten nicht ausgewiesen. Die Angaben beruhen auf Veröffentlichungen zur Geschichte der antifaschistischen- und Arbeiterbewegung im Stadt- und Landkreis Gera, auf Gesprächen mit ehemaligen Mitgliedern der antifaschistischen Parteien, vor allem der SPD und KPD oder deren Nachlass und anderen Zeitzeugen. Da im antifaschistischen Widerstand und bei der Neugründungen von Parteien nach Kriegsende Wechsel von Parteimitgliedschaften, in Gera besonders von SPD zur KPD stattfanden, sind Unstimmigkeiten bei entsprechenden Angaben nicht ausgeschlossen.
- [15] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt, I/2 - 002
- [16] Alfred Schumann, "Die demokratische Bodenreform - Unterpfand des Sieges des Sozialismus auf dem Lande"
Wir schmieden die Einheit, Gera, O. J., Seite 80/81
Erinnerungsbericht Volkmar Harnisch, Persönliches Archiv Karl Finken, beim Stadtvorstand der PDS, Gera
- [17] StA Gera, Akte II C01 2671, Rede des Herrn Oberbürgermeisters Paul im Rathaussaal zu Vertretern der hiesigen Wirtschaft, Seite 4

- Pädagogische Erfahrungen und Informationen, Schriftenreihe für Lehrer und Erzieher, Pädagogisches Kabinett Gera Stadt, Sonderheft 1981, Seite 21, Gespräch von Schülern mit Fritz Gießner
- [18] Stefan Doerberg, Befreiung 1945, Ein Augenzeugenbericht, Berlin 1985, Seite 118/119
Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Stadt der SED, "Mit uns zieht die neue Zeit", Gera 1987, Seite 11, Seite 187 Bilddokumente
Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED, Band 1, Gera 1986, Seite 202 (Bilddokumente Tafeln 68/69)
"Thüringer Volkszeitung" vom 3. Juli 1945
- [19] "Thüringer Volk" vom 3. August 1945
Geschichte der Kreisparteiorganisation Gera-Stadt der SED, "Mit uns zieht die neue Zeit", Gera 1987, Seite 13/14. Die hier auf Seite 14 gegebene Darstellung der Kundgebung als eine Aktion des Antifa-Blocks widerspricht der historischen Tatsache, da dieser sich erst am 17. August 1945 in Gera konstituierte. Max Keppel spricht in seinen Erinnerungen jedoch auch von Sprechern des antifaschistischen Blocks.
- [20] Wolfgang Leonhard, Das kurze Leben der DDR, Berichte und Kommentare aus vier Jahrzehnten, Stuttgart 1990, Seite 25 und 151
- [21] Dokumente aus den Jahren 1945 bis 1948, Kollar Wi/Ba. Von Handschriften des Genossen Wilhelm Pieck, in "Utopie kreativ", Heft 7, 1991, Berlin 1990
- [22] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt, I/1 - 001
- [23] Günter Benser, Die KPD im Jahre der Befreiung, Berlin 1985, Seite 115
Erhard Wörfel, Brüder in eins nun die Hände. Zur Geschichte von KPD und SPD in Ostthüringen auf dem Territorium des heutigen Bezirkes Gera 1945 - 1946, Teil I, Gera 1976, Seite 33
- [24] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt, I/2 - 002
- [25] Günter Benser, Die KPD im Jahr der Befreiung, Berlin 1985, Seite 115
Erhard Wörfel, Brüder in eins nun die Hände. Zur Geschichte von KPD und SPD in Ostthüringen auf dem Gebiet des heutigen Bezirkes Gera 1945 - 1946, Teil I, Gera 1976, Seite 33
- [26] Bericht des Antifa-Block Gera über die Sitzung am 17.08.45, Akte im BPA Gera 4899/239
Protokolle über die Sitzungen des Antifa-Block Gera, Schriftwechsel 1945 - 1948, nach Diplomarbeit Hans Leucht, Anlage 2
- [27] Nach einem Zitat von Franz Dahlem in: Günter Benser, Die KPD im Jahre ... a. a. O., Seite 115

- [28] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt I/2 – 002
Akte KR Gera 6

Kapitel 2

- [29] Aufruf des KZ der KPD vom 11. Juni 1945 ..., a. a. O., Seite 20
- [30] ebenda Seite 60
Christian von Ditfurth, Blockflöten, Köln 1991, Seite 18
- [31] Deutsche Geschichte, Band 9, Autorenkollektiv, Berlin 1982, Seite 67
- [32] Geschichte der Kreisparteiorganisation ... , a. a. O., Seite 196, Faksimile
- [33] Bericht des Antifa-Block Gera ..., a. a. O., Anlage 2
- [34] ebenda
- [35] Tribüne vom 9. Februar 1946 und 30. März 1946
- [36] Beiträge zur Geschichte Thüringens - Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen 1945 - 1952, Erfurt 1975, Seite 33. Eine für den 28. August datierte Kundgebung mit Fritz Gießner (E. Wölfel, Brüder in eins nun die Hände ... a. a. O., Seite 45) beruht offensichtlich auf einer Verwechslung mit jener am 28. Juli stattgefundenen (siehe vorliegendes Material Seite 8)
- [37] Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt (im folgenden ThStA Rudolstadt), Akte BPA Gera
- [38] ebenda, Anmerkungen von Fritz Gießner für Antifa-Block Gera
- [39] Brief des SPD-Ortsvereins Gera an die Ortsgruppe der KPD Gera, ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera
- [40] Briefe der Demokratischen Partei Gera und der Christlich-Demokratischen Union Gera vom 22. August und 14. September 1945 an den Präsidenten / Landespräsidenten Dr. Paul, ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera
- [41] Tribüne vom 25. und 30. Oktober 1945
- [42] Briefe des Antifaschistischen Komitees* vom 30.08.1945 an den Regierungspräsidenten Dr. Paul sowie Antwortschreiben von Dr. Paul an das Antifaschistische Komitee vom 14.09.1945*. Obwohl das Antifa-Komitee mit der Gründung des Blocks am 17. August nicht mehr existierte, wurden hier noch diese Anschrift und das entsprechende Siegel verwendet, StA Gera, Materialiensammlung Seite 132
- [43] ThHStA Weimar, Akte BPA Erfurt, I/2 - 002
- [44] Tribüne vom 10. November 1945
- [45] Thüringer Volk vom 15. November 1945

- [46] Zu diesen Aktionen: Thüringer Volk vom 12. April 1946
Tribüne vom 1. Dezember 1945
Thüringer Volk vom 3. Oktober 1946
- [47] Tribüne vom 20. und 29. November 1945
Geschichte der Kreisparteiorganisation ... , a. a. O., Seite 201 und 243
(Bilddokumente)
Thüringer Volkszeitung vom 12. September und 16. November 1945
- [48] Nach einem persönlichen Gespräch mit Erna Lenzer und Aufzeichnungen
Geraer Schüler über deren Leben
- [49] Erklärung des Antifaschistischen Blocks vom 4. Dezember 1945 "An den
Oberbürgermeister der Stadt Gera", ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera
- [50] Tribüne vom 25. Oktober 1945
- [51] ebenda vom 8. Januar 1956
- [52] ebenda

Kapitel 3

- [53] Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 und Aufruf des ZK der SPD vom
15. Juni 1945, a. a. O.
- [54] Prof. Dr. habil. Wolfgang Mühlfriedel, Die Wirtschaft in der antifaschistisch
-demokratischen Umwälzung - eine Skizze, Berlin 1986, Seite 9/10
- [55] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, "Der Funktionär" - Sondernummer
Oktober 1945
Persönliches Archiv, Karl Finken, PDS-Kreisvorstand Gera
- [56] Briefe der Demokratischen Partei und der Christlich-Demokratischen Union
Gera ..., a. a. O.,
- [57] Geschichte der Kreisparteiorganisation a. a. O., Seite 18
Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation Gera der SED, Band 1, Gera
1986, Seite 208
Beiträge zur Geschichte Thüringens, Dokumente und Materialien 1945 -
1950, Erfurt 1967, Seite 52, ff.
- [58] ThHStA BPA Erfurt, Akte I/2 – 002
StA Gera, Akte III C01 0191 (Bericht Landrat Gera, Abt. Bodenreform an
Ernst Busse, Weimar)
- [59] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, Bl. 11
"Der Funktionär", Sonderdruck Oktober 1945 in ebenda
- [60] StA Gera, Akte III C01 0191 (Bericht Landrat Gera ..., a. a. O.)

- [61] ebenda, Alfred Schumann, Die demokratische Bodenreform ..., in "Wir schmieden die Einheit ..." a. a. O., Seite 81
- [62] Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 18
Erhard Wölfel, Brüder in eins nun ..., a. a. O., Seite 48
StA Gera, Akte III C01 0191 (Bericht Landrat Gera ..., a. a. O.). Dort angegebene Zahlen stimmen mit den angegebenen nicht überein, da spätere Enteignungen noch nicht enthalten sind.
- [63] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, "Der Funktionär" a. a. O.
- [64] StA Gera, Akte III C01 0365 (Bericht des Landrates Gera, Abt. Bodenreform für den Monat Januar 1946)
- [65] Alfred Schumann, Die demokratische Bodenreform ..., a. a. O., Seite 82, ThHStA Weimar, Akte KR 6, Bl. 138/139
- [66] Aufruf "Bauern und Gärtner im Landkreis Gera!" (Flugblatt), in: Persönliches Archiv von Karl Finken, PDS Stadtvorstand Gera
Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 207
- [67] Christian von Ditfurth, Blockflöten - Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt, Köln 1991, Seite 24/25. Ditfurth beruft sich hier auf Berichte von Dr. Hermes und Schreiber
- [68] Tribüne vom 15. und 20. November 1945
- [69] ebenda vom 28. Dezember und 15. Januar 1946
- [70] Wolfgang Leonhard, Das kurze Leben der DDR ..., a. a. O., Seite 60/61
- [71] Thüringer Volk vom 13. August 1946
Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 53
- [72] Prof. Dr. habil. Wolfgang Mühlfriedel, Die Verstaatlichung der thüringischen Wirtschaft (1945 - 1972), in Thüringen - Blätter zur Landeskunde, Erfurt 1994
- [73] Rolf Badstübner, Friedenssicherung und deutsche Frage 1943 - 1949, Berlin 1990, Seite 141
- [74] Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 23
- [75] Prof. Dr. habil. Wolfgang Mühlfriedel, Die Verstaatlichung der thüringischen Wirtschaft ..., a. a. O.
ThHStA Weimar, Akte KR Gera 276
- [76] StA Gera, Akte III C01 0155, Bl. 17 - 20
- [77] Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 50
- [78] Thüringer Volk vom 11. Mai 1946
- [79] Brief des erweiterten Vorstandes der Liberal-Demokratischen Partei, Ortsgruppe Gera vom 27. April 1946, StA Gera, Materialiensammlung 1325

- [80] Geschichte der Kreisparteiorganisation ..., a. a. O., Seite 51
- [81] Zur Geschichte der Bezirksparteiorganisation der SED Gera, Band 1, Gera 1986, Seite 246 (mit Verweis auf Staatsarchiv Weimar, Sammlung der Befehle der SMATH)
- [82] Beiträge zur Geschichte Thüringens - Chronik ..., a. a. O., Seite 61
Briefwechsel zwischen Landessequester Kommission und Gera-Greizer Kammgarnspinnerei, August 1946 bis Juni 1947, StA Gera
- [83] ThHStA Weimar, Akte LT 1
- [84] ebenda
- [85] Brief des erweiterten Vorstandes der Liberal-Demokratischen Partei ..., a. a. O.
StA Gera, Akte III C01 0155, Bl. 1 - 6
- [86] Thüringer Volk vom 1. Februar 1946
- [87] Nach einem Diskussionsbeitrag von Annelie Braun auf der Konferenz des PDS-Kreisvorstandes Gera zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, Gera, April 1995,
StA Gera, Akte III C01 0155
In einem Brief der Landessequesterkommission vom 23. April 1948 an den Geraer Oberbürgermeister, Dr. Bloch, wird darauf verwiesen, dass nur das Privatvermögen der Belasteten nicht aber aller am Unternehmen beteiligten Personen zu enteignen ist. StaA Gera, Akte III C01 0155
- [88] ThHStA Weimar, Akte Gera 622,
StA Gera, Akte III C01
- [89] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 276, Rundschreiben vom 3. Juli 1947
Akte KR Gera 6, Rundschreiben vom Dezember 1947
- [90] Briefverkehr zwischen LDPD-Ortsgruppe Ronneburg, Kreisvorstand Gera der SED, Fa. F. J. Clad Ronneburg, Antifa-Block Gera und Landrat Weinreich Gera, ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6 und Akte KR Gera 276, Bl. 382 - 385
- [91] ThHStA Weimar, Akte LT 1
Thüringer Volk vom 21. und 26. Juni 1946
- [92] Protokoll über die Sitzung des Antifa-Blocks Gera, Schriftwechsel ..., a. a. O., Anlage 3
- [93] Thüringer Volk vom 25. Juli 1946
- [94] Protokoll der Konstituierung der Beratenden Stadtversammlung, StA Gera, Akte "Einladungen, Protokolle und Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlungen des Rates der Stadt Gera, 31. Juli 1946 - 19. Oktober 1948

- [95] StA Gera, Materialsammlung 1325, Bl. 146 - 151, Brief des Kreis- und Ortsvorstandes der SED Gera an den Landespräsidenten Dr. Paul vom 14. August 1946
Briefwechsel zwischen Bürgermeister Gießner und Landesdirektor des Landesamtes für Kommunalwesen des Landes Thüringen, Curt Böhme vom 9. 7 10. August 1946
- [96] Wahlauf Ruf der SED zu den Gemeindewahlen / Gemeindewahlprogramm der SED in: Wilhelm Pieck / Otto Grotewohl, Einheit Deutschlands und Gemeindewahlen, herausgegeben vom Parteivorstand der SED, Berlin 1946, Seite 27, ff.
Deutsche Geschichte, Band 9, Autorenkollektiv unter Leitung von Rolf Badstübner, Seite 67
- [97] Thüringer Volk vom 1. August 1946
- [98] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, Rededisposition des Kreisvorstandes der SED
- [99] W. Pieck / O. Grotewohl, Einheit Deutschlands und Gemeindewahlen, Berlin 1946, Seite 7/8
Thüringer Volk vom 14. August 1946
- [100] Thüringer Volk vom 2. August 1946
- [101] Thüringer Volk vom 2. August (Lokalseite), vom 8. und 29. August 1946
- [102] Thüringer Volk vom 27. August 1946
- [103] ThHStA Rudolstadt, Akte BPA Gera
Bekenntnis zum Sozialismus, Aus der Rede des Parteivorsitzenden der CDU Jacob Kaiser auf dem Parteitag der CDU, Juni 1946
Information der Abt. Presse und Information an den Landesvorstand der SED, Landesverband Thüringen vom 19. Juni 1946
- [104] Thüringer Volk vom 4. und 7. September 1946
- [105] ebenda vom 4. September 1946
- [106] ebenda vom 4. September 1946
- [107] ebenda vom 7. September 1946
- [108] Thüringer Volk vom 5. September 1946
- [109] ebenda vom 15. und 28. August 1946
- [110] ebenda vom 24. August 1946
- [111] ebenda vom 23. / 24. August sowie 4. September 1946
- [112] Flugblatt "Frauen wählen Frauen" des Geraer Frauenausschusses in: Persönliches Archiv von Karl Finken, PDS-Stadtvorstand Gera

- [113] Thüringer Volk vom 6. August 1946, "Die Haltung der SED zur Kirche und Religion in dieser Zeit", ebenda vom 3. September 1946
- [114] Victor Thiel, Christen Thüringens in der Bewährung, Herausgeber: Sekretariat des Hauptvorstandes der CDU, 1970, Seite 22/23
- [115] ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera, 2. Rundbrief des Landesbischofs an die Pfarrer der evangelischen Kirche vom 28. August 1946
- [116] Thüringer Volk vom 9. August 1946, Nachdruck aus der Mecklenburgischen Kirchenzeitung
- [117] Thüringer Volk vom 3. September 1946
- [118] Flugblatt des Ortsvorstandes Gera der SED "Wähler und Wählerinnen vom Stadtbezirk Debschwitz!", Persönliches Archiv Karl Finken, a. a. O.
- [119] Beiträge zur Geschichte, Dokument und Materialien 1945 - 50, ausgewählt und bearbeitet von Harry Sieber, Günther Michael-Triller und Fritz Schädlich, Erfurt 1967, Seite 150/151, 152/153, dortiger Verweis auf Staatsarchiv Weimar, Land Thüringen - Büro des Ministerpräsidenten Nr. 1008, 1946
- [120] Thüringer Volk vom 14. September 1946
- [121] ebenda vom 19. Oktober 1946
- [122] "Mit uns zieht ... " a. a. O., Seite 63
- [123] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, Brief vom 25. September 1946 des Landrates, unterzeichnet: Kiß an Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, Kreisvorstand Gera
- [124] Thüringer Volk vom 4. Oktober 1946
- [125] Thüringer Volk vom 9. Oktober 1946
- [126] ebenda vom 19. Oktober 1946
- [127] Thüringer Volk vom 17. Oktober 1946
- [128] ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera, Brief des Landesvorsitzenden der SED Thüringen, Heinrich Hoffmann, an das Zentralsekretariat des Parteivorstandes der SED
- [129] Dokumente der SED, Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees und des Parteivorstandes, Band I, Berlin 1952, Seite 99
Thüringer Volk vom 27. September 1946
- [130] Brief des Kreisvorstandes der SED (Flugblatt) "Sozialist sein, heißt Kämpfer sein! An alle Mitglieder der SED vom Kreis Gera."
Die Bevölkerung fragt - , in: Persönliches Archiv Karl Finken ..., a. a. O.
- [131] ebenda

- [132] ThHStA Weimar, Akte KR Gera 6, Brief des Antifa-Bezirksblocks Gera-Untermhaus vom 30. Oktober 1946, gez. Hermann Schulze, an Kommunalverwaltung der SED Gera
- [133] Thüringer Volk vom 19. Oktober 1946
- [134] ebenda vom 22. und 25. Oktober 1946
- [135] Regierungsblatt für das Land Thüringen 1947, Teil II, Seite 9/10, in: Beiträge zur Geschichte Thüringens ..., a. a. O., Seite 166
- [136] Manfred Gerlach, Mitverantwortlich, Berlin 1993, Seite 44
- [137] Thüringer Volk vom 1. August 1946
- [138] ebenda vom 2. November 1946
- [139] ebenda vom 4. Januar 1947
- [140] ebenda vom 8. Januar 1947
- [141] Thüringer Volk vom Dezember 1946
- [142] 3. Rundbrief des Landesbischofs der Thüringer evangelischen Kirche vom 23. Dezember 1946, in: ThStA Rudolstadt, Akte BPA Gera
- [143] Thüringer Volk vom 28. Januar 1947